Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9472**

17. Wahlperiode 27. 04. 2012

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Harald Koch, Richard Pitterle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/9273 –

Reaktionen der Bundesregierung auf die finanzgerichtlichen Urteile zum Ehegattensplitting für eingetragene Lebenspartnerschaften

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Gesellschaftsbild über Lesben und Schwule und deren Lebensweisen hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Hierzu beigetragen hat auch das Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft. Mittlerweile werden durch dieses Institut Lesben und Schwulen Rechte gewährt, die sonst nur Ehepartnern offenstehen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 7. Juli 2009 die Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft in der Hinterbliebenenversorgung mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) für unvereinbar erklärt. Ebenfalls hat das Bundesverfassungsgericht am 21. Juli 2010 entschieden, dass eine Ungleichbehandlung auch im Erbschaftsteuergesetz verfassungswidrig ist. Mit diesen Entscheidungen hat das oberste Bundesgericht klargestellt, dass mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland eine Diskriminierung gegenüber Lesben und Schwulen nicht zu vereinbaren ist. Bereits in den Kleinen Anfragen vom 2. September 2010 und vom 6. Februar 2012 (Bundestagsdrucksachen 17/2856 und 17/8556) hat die Fraktion DIE LINKE. dieses Thema aufgegriffen. Hierbei stand insbesondere die Gewährung des Splittingtarifs im Vordergrund. Die Bundesregierung hat in den Antworten (Bundestagsdrucksachen 17/3009 und 17/9006) ihre Haltung bekräftigt, dass sie eine Änderung bei der Gewährung des Splittingtarifs für eingetragene Lebenspartnerschaften erst überdenken will, wenn das Bundesverfassungsgericht zu diesem Thema entschieden hat. Innerhalb des Zeitraums der Übersendung der Kleinen Anfrage am 6. Februar 2012 und der vier Wochen später eingegangenen Antwort am 9. März 2012 sind allein sechs neue Beschlüsse und Urteile der Finanzgerichte (FG) veröffentlicht worden, die eine Gewährung des Splittingtarifs im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzes vorsehen. Angesichts dieser nunmehr wöchentlichen Neuentscheidungen zugunsten der eingetragenen Lebenspartnerschaft im Hinblick auf den Splittingtarif gilt es zu hinterfragen, ob und wie die Bundesregierung reagieren wird. Die nunmehr fast wöchentlich erscheinenden neuen Urteile weisen darauf hin, dass es offenbar noch viele anhängige Verfahren gibt und weitere neue Klagen von Betroffenen eingehen werden. Für Steuerpflichtige, Finanzgerichte und Verwaltung ist dies mit zusätzlichen Kosten verbunden.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 24. April 2012 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Überdies gilt es zu klären, inwieweit die Bundesregierung die aktuellen Urteile zur Kenntnis genommen hat und welche Schlussfolgerungen hieraus gezogen werden, um zukünftige, ähnlich gelagerte Fälle im Massengeschäft der Steuerverwaltung für die Finanzämter handhabbar zu machen.

1. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 9. November 2010 (10 V 309/10, FG Niedersachsen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

2. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 1. Dezember 2010 (13 V 239/10, FG Niedersachsen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

3. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 16. Mai 2011 (9 V 1339/11, FG Baden-Württemberg), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

4. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 14. Juni 2011 (10 V 157/11, FG Niedersachsen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

5. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 15. Juni 2011 (3 V 125/11, FG Niedersachsen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

6. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 22. Juni 2011 (7 V 604/11, FG Hessen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

7. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 27. Juli 2011 (3 V 1199/11 E, FG Münster), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

8. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 16. August 2011 (3 V 868/11, FG Nürnberg), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

9. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 23. Juni 2009 (12 K 3439/01, FG Hessen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

10. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 12. September 2011 (3 V 2820/11, FG Baden-Württemberg), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

11. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 13. Oktober 2011 (10 V 277/11, FG Niedersachsen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

12. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 28. November 2011 (7 V 3951/11 A(E), FG Düsseldorf), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

13. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 2. Dezember 2011 (3 V 3699/11, FG Baden-Württemberg), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

14. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 7. Dezember 2011 (4 V 1910/11, FG Baden-Württemberg), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

15. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 7. Dezember 2011 (4 V 2831/11, FG Köln), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

16. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 9. Dezember 2011 (5 V 213/11, FG Schleswig-Holstein), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

17. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 20. Dezember 2011 (5 V 223/11, FG Schleswig-Holstein), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

18. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 21. Dezember 2011 (13 V 268/11, FG Niedersachsen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

19. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 21. Dezember 2011 (5 V 213/11, FG Niedersachsen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

20. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 22. Dezember 2011 (4 V 1245/11, FG Köln), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

21. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 3. Januar 2012 (2 V 3356/11 E, FG Münster), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

22. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 16. Januar 2012 (6 V 4218/11 E, FG Münster), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

23. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 24. Januar 2012 (14 V 14328/11, FG Berlin-Brandenburg), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

24. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 31. Januar 2012 (10 V 424/11, FG Niedersachsen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

25. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 1. Februar 2012 (3 V 3667/11, FG Köln), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

26. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 13. Februar 2012 (1 V 113/11 (5), FG Bremen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

27. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 13. Februar 2012 (10 V 28/12, FG Niedersachsen), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

28. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 29. Februar 2012 (12 V 3618/11, FG Köln), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

29. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 29. Februar 2012 (5 V 5/12, FG Hamburg), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

30. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 1. März 2012 (12 V 3141/11, FG Köln), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

31. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der finanzgerichtlichen Entscheidung vom 5. März 2012 (12 V 2970/11, FG Köln), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (bitte mit Begründung)?

32. Von wie vielen Verfahren vor den FG zum Thema der Gewährung des vorläufigen Rechtsschutzes im Rahmen der Beantragung der Lohnsteuerklassenkombination III/V für eingetragene Lebenspartnerschaften hat die Bundesregierung Kenntnis (bitte mit Nennung der anhängigen Verfahren bzw. Urteile)?

33. Von wie vielen Verfahren vor den FG zum Thema der Gewährung des vorläufigen Rechtsschutzes im Rahmen der vorläufigen Gewährung des Splittingtarifs bei der Einkommensteuerveranlagung für eingetragene Lebenspartnerschaften hat die Bundesregierung Kenntnis (bitte mit Nennung der anhängigen Verfahren bzw. Urteile)?

Die Fragen 1 bis 33 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung hat von den in den Fragen 1 bis 31 genannten finanzgerichtlichen Verfahren Kenntnis. Da abgesehen von den Fällen des Artikels 108 Absatz 1 GG für die Verwaltung aller übrigen Steuern gemäß Artikel 108 Absatz 2 Satz 1 GG die Landesfinanzbehörden zuständig sind und keine Meldepflicht für Verfahren vor den Finanzgerichten besteht, ist nicht auszuschließen, dass darüber hinaus weitere Verfahren vor den Finanzgerichten anhängig bzw. entschieden worden sind. Bisher sind sowohl Beschlüsse der Finanzgerichte ergangen, die einstweiligen Rechtsschutz gewähren als auch Beschlüsse, die Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz ablehnen. Daher ist es auch nicht zwingend geboten, aufgrund der Entscheidung einzelner Finanzgerichte generell und bundesweit vorläufigen Rechtsschutz zu gewähren. Das Bundesministerium der Finanzen wartet diesbezüglich vielmehr die Entscheidung des Bundesfinanzhofs in den anhängigen Beschwerdeverfahren zum vorläufigen Rechtsschutz (siehe Antwort zu Frage 34) ab.

34. Von wie vielen Verfahren vor dem Bundesfinanzhof zum Thema der Gewährung des vorläufigen Rechtsschutzes im Rahmen der vorläufigen Gewährung des Splittingtarifs bei der Einkommensteuerveranlagung oder der Gewährung der Lohnsteuerklassenkombination III/V für eingetragene Lebenspartnerschaften hat die Bundesregierung Kenntnis (bitte mit Nennung der anhängigen Verfahren bzw. der Urteile sowie der Angabe, inwieweit die Bundesregierung dem jeweiligen Verfahren beigetreten ist)?

Der Bundesregierung sind zwei Beschlüsse des BFH bekannt (BFH-Beschluss vom 23. Mai 2011, Az. III B 211/10; BFH-Beschluss vom 8. Juni 2011, Az. III B 210/10), in denen er über Beschwerden der Finanzämter gegen vorläufigen Rechtsschutz gewährende Beschlüsse von Finanzgerichten entschieden hat. Die finanzgerichtlichen Beschlüsse wurden jeweils aus rein verfahrensrechtlichen Gründen im ersten Fall bestätigt und im zweiten Fall aufgehoben.

Der Bundesregierung sind vier zurzeit beim Bundesfinanzhof anhängige Beschwerdeverfahren bekannt (Verfahren III B 134/11, III B 166/11, III B 180/11 und III B 187/11). Ein Beitritt des Bundesministeriums der Finanzen zu diesen Verfahren ist rechtlich nicht möglich (vgl. BFH-Beschluss vom 23. August 2007 – VI B 42/07 –, BStBl II S. 799).

35. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass angesichts der sich häufenden Anzahl der finanzgerichtlichen Verfahren, die Gewährung des vorläufigen Rechtsschutzes per Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) eine Entlastung der Finanzämter und Gerichte bewirken würde, und welche Auswirkungen auf die Bürokratiekosten sieht die Bundesregierung bei dieser im Vergleich zur bisherigen Verfahrensweise (bitte mit Begründung)?

Aufgrund der ausstehenden Klärung der verfassungsrechtlichen Frage durch das Bundesverfassungsgericht hält das Bundesministerium der Finanzen es nicht für erforderlich, zur Frage des einstweiligen Rechtsschutzes eine bundeseinheitliche Verwaltungsanweisung herauszugeben.

Da abgesehen von den Fällen des Artikels 108 Absatz 1 GG für die Verwaltung aller übrigen Steuern gemäß Artikel 108 Absatz 2 Satz 1 GG die Landesfinanzbehörden zuständig sind, liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse über die Auswirkungen auf die mit der Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes zusammenhängenden Bürokratiekosten vor.

36. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass durch die bisherige Nichtaufnahme von Steuerbescheiden, die eine Versagung des Splittingtarifs für eingetragene Lebenspartnerschaften enthalten, in den Katalog zur vorläufigen Steuerfestsetzung nach § 165 der Abgabenordnung, Steuerpflichtige benachteiligt werden, die nicht aktiv im Rahmen eines finanzgerichtlichen Verfahrens gegen die Entscheidung der Finanzämter vorgehen (bitte mit Begründung)?

Steuerpflichtige müssen nicht „aktiv im Rahmen eines finanzgerichtlichen Verfahrens gegen die Entscheidung der Finanzämter vorgehen“, um ihren Steuerfall bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts „offen“ zu halten. Vielmehr reicht es aus, Einspruch gegen den Einkommensteuerbescheid einzulegen.

37. Werden eingetragene Lebenspartnerschaften im Falle einer positiven Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts auch dann an dieser partizipieren können, wenn deren Einkommensteuerbescheid schon bestandskräftig geworden ist und kein Einspruch eingelegt wurde, und falls nein, sieht die Bundesregierung hierin eine Benachteiligung dieser Steuerpflichtigen (bitte mit Begründung)?

Auf die Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 17/9006 (zu Frage 35) wird verwiesen.

38. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass infolge der überwiegend positiven Entscheidungen der FG zur Gewährung des vorläufigen Rechtsschutzes bei der Eintragung der Lohnsteuerklassenkombination III/V für eingetragene Lebenspartnerschaften, die öffentlichen Haushalte infolge der hohen Anzahl von Verfahren zusätzlich belastet werden (bitte mit Begründung)?

Naturgemäß führen gerichtliche Verfahren – unabhängig von ihrem Ausgang – zu einer Belastung der öffentlichen Haushalte. Da abgesehen von den Fällen des Artikel 108 Absatz 1 GG für die Verwaltung aller übrigen Steuern gemäß Artikel 108 Absatz 2 Satz 1 GG die Landesfinanzbehörden zuständig sind, liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse darüber vor, inwieweit durch die genannten Verfahren eine zusätzliche Belastung eingetreten ist.

39. Wurden mit den Vertretern der obersten Finanzbehörden (Referatsleiter der Einkommensteuer-Referate der Bundesländer) in den Jahren 2010 und 2011, im Rahmen der turnusmäßigen Treffen, Gespräche über die Behandlung der eingetragenen Lebenspartnerschaften und Gewährung des vorläufigen Rechtsschutzes geführt (bitte mit Angabe des Datums des Treffens und Ergebnis)?

Auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/8556 der Fraktion DIE LINKE. („Steuer- und gesellschaftspolitische Ungleichbehandlung eingetragener Lebenspartnerschaften gegenüber klassischen heterosexuellen Ehen“) vom 13. März 2012 (Bundestagsdrucksache 17/9006, Antwort zu Frage 37) verwiesen.

40. Welche Vorteile und welche Nachteile sieht die Bundesregierung in der Nichtveröffentlichung einer einheitlichen Verwaltungsanweisung zur Gewährung des vorläufigen Rechtsschutzes im Rahmen der Beantragung der Lohnsteuerklassenkombination III/V für eingetragene Lebenspartnerschaften (bitte mit Begründung)?

Auf die Antwort zur Frage 35 sowie auf die Antwort zu den Fragen 49 und 50 wird verwiesen.

41. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass die Gewährung des vorläufigen Rechtsschutzes im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung und Gewährung des Splittingtarifs bzw. der Eintragung der Lohnsteuerklassenkombination III/V hinsichtlich der Behandlung eingetragener Lebenspartnerinnen/Lebenspartner keine gravierenden Auswirkungen auf den Bundeshaushalt haben wird (bitte mit Begründung)?

Unter den Annahmen, dass die Vergabe der Lohnsteuerklassen III bzw. V immer korrespondierend mit der des eingetragenen Lebenspartners erfolgt und eine Veranlagungspflicht nach sich zieht, ist mit Steuermindereinnahmen in Höhe von 30 Mio. Euro zu rechnen. Hierbei wurde ein mittlerer Splittingeffekt von rund 1 300 Euro/Jahr unterstellt, wie er bei Ehepaaren auftritt, sowie die Zahl von rund 23 000 gleichgeschlechtlichen Paaren als eingetragene Lebenspartnerschaften, die laut Mikrozensus im Jahr 2010 in einem Haushalt in Deutschland zusammenlebten.

42. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass trotz der vielen eindeutigen Urteile der FG zugunsten der Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz für eingetragene Lebenspartnerschaften das bisherige Ausbleiben einer Verwaltungsanweisung zu Rechtsunsicherheit bei den Betroffenen geführt hat (bitte mit Begründung)?

Da es sich bei Gerichtsentscheidungen um Entscheidungen von Einzelfällen handelt, bei denen die Besonderheiten eines jeden Falles zu berücksichtigen sind, sind bisher sowohl Beschlüsse der Finanzgerichte ergangen, die einstweiligen Rechtsschutz gewähren als auch Beschlüsse, die Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz ablehnen. Ob dies bei den Steuerpflichtigen zu „Rechtsunsicherheiten“ geführt hat, ist der Bundesregierung nicht bekannt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen.

43. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass bei einer vorläufigen Gewährung von Rechtsschutz bei Eintragung der Lohnsteuerklassenkombination III/V für eingetragene Lebenspartnerschaften diese Entscheidung auch auf die Lohnsteuerklassenkombinationen IV/IV und IV/IV mit Faktor übertragen werden muss (bitte mit Begründung)?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 bis 33 wird verwiesen.

44. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass auf der Sitzung der Abteilungsleiter (Steuer) der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder vom 28. Februar bis l. März 2012 in Berlin unter Tagesordnungspunkt 4 zur Frage des vorläufigen Rechtsschutzes beim Antrag auf Zusammenveranlagung für Partnerinnen/Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft angesichts der Vielzahl anhängiger finanzgerichtlicher Verfahren beschlossen wurde, bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichts verwaltungsseitig bundeseinheitlich auf Antrag einstweiligen Rechtsschutz zu gewähren?

45. Welche Rechtsfolgen ergeben sich aus dem in der vorherigen Frage genannten Beschluss bzw. würden sich ergeben, wenn ein solcher getätigt worden wäre?

46. Ist das BMF an den in den vorherigen Fragen genannten Beschluss gebunden, bzw. wäre es an diesen gebunden, wenn ein solcher getätigt worden wäre (bitte mit Begründung)?

47. Hat das BMF gegen den in den vorherigen Fragen genannten Beschluss Vorbehalt, Widerspruch, Einspruch, Veto oder ähnliches eingelegt, bzw. plant es, derartiges einzulegen (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 20. März 2012: Steuerexperten fordern gleiche Rechte für Lesben und Schwule; bitte mit Begründung)?

    Falls ja:

    a) Wann wurde oder bis wann wird derartiges eingelegt?

    b) Welche Form und Rechtsgrundlage hat dieser Vorbehalt, Widerspruch, Einspruch, dieses Veto oder Ähnliches, welche Rechtsfolgen ergeben sich daraus, und inwieweit sind die Bundesländer an derartiges gebunden?

    c) Wie ist in der Zwischenzeit zwischen Beschluss und Vorbehalt, Widerspruch, Einspruch, Veto oder Ähnliches zu verfahren?

Die Fragen 44 bis 47 werden wegen des inhaltlichen Bezugs zum Beschluss der Abteilungsleiter (Steuer) der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder zusammen beantwortet.

Es trifft zu, dass das Bundesministerium der Finanzen einen Beschluss der Steuerabteilungsleiter der Länder, den Partnern einer eingetragenen Lebenspartnerschaft im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes das Ehegattensplitting zu gewähren, so nicht mitträgt.

Wenn die Landesfinanzbehörden Steuern verwalten, die ganz oder zum Teil dem Bund zufließen, werden sie im Auftrag des Bundes tätig. Die Landesbehörden unterstehen insoweit den Weisungen des Bundesministers der Finanzen (vgl. Artikel 108 Absatz 3 i. V. m. Artikel 85 Absatz 3 GG).

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen.

48. Welche Bundesländer außer Nordrhein-Westfalen (vgl. Pressemitteilung des Finanzministeriums von Nordrhein-Westfalen vom 28. März 2012) sind der Bundesregierung bekannt, in denen die obersten Finanzbehörden betroffenen eingetragenen Lebenspartnerschaften einstweiligen Rechtsschutz gewähren?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, inwieweit oberste Finanzbehörden der Länder angeordnet haben, Aussetzung der Vollziehung zu gewähren.

49. Sieht die Bundesregierung eine Gefährdung des einheitlichen Steuervollzugs und der gleichmäßigen steuerlichen Behandlung, wenn es den einzelnen obersten Finanzbehörden der Länder überlassen bleibt (vgl. die Antworten der Bundesregierung auf die Schriftlichen Fragen 22 und 23 der Abgeordneten Dr. Barbara Höll auf Bundestagsdrucksache 17/9225), in Abhängigkeit von der Rechtsprechung ihres jeweiligen FG, den betroffenen eingetragenen Lebenspartnerschaften einstweiligen Rechtsschutz zu gewähren (bitte mit Begründung)?

50. Sieht die Bundesregierung eine Gefährdung des einheitlichen Steuervollzugs und der gleichmäßigen steuerlichen Behandlung vor dem Hintergrund, dass, wie das Beispiel Nordrhein-Westfalen zeigt (vgl. Frage 48), die Gewährung des einstweiligen Rechtsschutzes für die betroffenen eingetragenen Lebenspartnerschaften zwischen den Bundesländern bereits unterschiedlich gehandhabt wird (bitte mit Begründung)?

Die Fragen 49 und 50 werden zusammenhängend beantwortet.

Bei der Entscheidung über eine Aussetzung der Vollziehung handelt es sich um eine Ermessensentscheidung, die gerichtlich überprüfbar ist. Es gehört zum Wesen einer Ermessensentscheidung, dass – abgesehen vom hier nicht vorliegenden Sonderfall der Ermessensreduzierung auf Null – mehrere Entscheidungsalternativen bestehen (vgl. BFH-Urteil vom 31. März 1981 – VII R 1/79 –, BStBl II S. 507). Es wird damit vorläufiger Rechtsschutz bis zur Entscheidung in der Hauptsache (Einspruch oder Klage) gewährt. Deren Ergebnis wird dadurch nicht vorweggenommen. Die Bundesregierung ist daher nicht der Ansicht, dass durch eine unterschiedliche Verwaltungspraxis hinsichtlich einer Aussetzung der Vollziehung der einheitliche Steuervollzug und die gleichmäßige steuerliche Behandlung gefährdet sind.

51. Wird der Bundesminister der Finanzen der Bitte der Bundesministerin der Justiz und des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 23. März 2012: FDP will Splitting für Homo-Ehen) nachkommen, die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerinnen/Lebenspartner im Rahmen des Jahressteuergesetzes (JStG) 2013 auch für den Bereich der Einkommensteuer umzusetzen (bitte mit Begründung und Nennung des Zeitplans für die Abstimmung des JStG 2013)?

Der Entwurf des Jahressteuergesetzes 2013 befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung. Das Kabinett befasst sich anschließend mit dem Gesetzentwurf.

52. Erachtet es die Bundesregierung im Rahmen einer Gleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft für sinnvoll, das Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft explizit in Artikel 6 Absatz 1 GG zu nennen, da auch diese Form einem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung unterliegt (bitte mit Begründung)?

Gemäß Artikel 6 Absatz 1 GG stehen Ehe und Familie „unter dem besonderen Schutz“ der staatlichen Ordnung. Das Bundesverfassungsgericht sieht in Artikel 6 Absatz 1 GG u. a. eine objektive Grundsatznorm, worunter zu verstehen ist, dass Artikel 6 Absatz 1 GG eine verbindliche Wertentscheidung für den gesamten Bereich des Ehe und Familie betreffenden privaten und öffentlichen Rechts trifft (BVerfGE 6, 55 [LS 5, S. 72]; s. auch BVerfGE 105, 313 [342, 346 ff.]; 55, 114 [126]). Aus dieser Funktion als objektiver Grundsatznorm ergibt sich nach der Rechtsprechung ein verfassungsrechtlich verbürgter Schutz- und Förderauftrag an den Gesetzgeber für das Institut der Ehe und die Familie (vgl. nur BVerfGE 6, 55 [76 f.]; 105, 313 [346, 347 ff.]).

Da das Grundgesetz bereits jetzt Schutz für andere Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens und verschiedenste Familienmodelle bietet, so z. B. ausdrücklich in Artikel 6 Absatz 5 GG sowie beispielsweise in Artikel 3 GG und Artikel 2 Absatz 1 GG erachtet es die Bundesregierung derzeit nicht für geboten, Artikel 6 Absatz 1 GG zu ändern.

53. Stimmt die Bundesregierung zu, dass infolge von kürzlich erfolgten Neuberufungen von Richterinnen/Richter an das Bundesverfassungsgericht die Gefahr besteht, dass sich dessen Entscheidung zur Gewährung des Splittingtarifs für eingetragene Lebenspartnerschaften verzögert, und hat die Bundesregierung Kenntnis, in welchem Zeitraum die Veröffentlichung des Urteils erwartet wird (bitte mit Begründung)?

Naturgemäß kommt es während anhängiger Verfahren nicht selten zu Neuberufungen. Ob hieraus Verzögerungen resultieren können, vermag die Bundesregierung nicht zu beurteilen. Zum Verkündungszeitpunkt liegen der Bundesregierung keine Kenntnisse vor.

54. Wie hat sich die Anzahl der Neugeborenen gemäß der Geburtenstatistik auf eheliche und nichteheliche Kinder in den Jahren 2000 bis 2011 verteilt (bitte differenzieren nach Bundesland)?

Die Anzahl der ehelichen und nichtehelichen Geburten von Kindern in den Jahren 2000 bis 2010 (für 2011 liegen noch keine Ergebnisse vor), differenziert nach Bundesländern, sind den nachfolgenden Tabellen „Lebendgeborene, ehelich – Lebendgeborene, nichtehelich“ zu entnehmen. Die Angaben beruhen auf der von der amtlichen Statistik erhobenen Geburtenstatistik.

Lebendgeborene ehelich

Quelle: N30

Länder	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Baden-Württemberg	84 483	82 075	79 881	78 626	76 047	73 951	73 909	72 112	70 200	70 655
Bayern	93 456	90 762	88 283	87 204	83 163	80 670	81 522	79 991	77 679	78 150
Berlin	16 695	16 451	16 180	16 365	15 697	15 866	16 417	16 422	16 291	16 848
Brandenburg	8 179	7 968	7 777	7 750	7 282	7 177	7 543	7 515	7 222	7 288
Bremen	4 076	3 774	3 795	3 706	3 617	3 625	3 615	3 558	3 451	3 434
Hamburg	11 193	11 041	11 110	11 250	10 990	10 771	11 087	10 863	10 818	11 086
Hessen	45 556	44 475	43 576	43 184	41 782	39 880	40 391	39 318	38 108	38 505
Mecklenburg-Vorpommern	5 498	5 012	5 009	4 967	4 515	4 718	4 728	4 811	4 719	4 839
Niedersachsen	59 137	56 554	53 969	52 999	49 590	47 596	47 153	46 139	43 524	44 050
Nordrhein-Westfalen	135 957	130 951	127 258	124 142	118 503	114 978	114 009	111 222	106 527	107 388
Rheinland-Pfalz	29 371	28 054	27 198	26 554	25 265	24 418	24 755	24 062	22 756	23 187
Saarland	6 407	6 078	5 816	5 704	5 629	5 336	5 278	5 080	4 821	4 910
Sachsen	15 478	14 738	14 386	14 563	13 926	13 543	14 177	14 170	13 947	14 272
Sachsen-Anhalt	7 904	7 421	6 757	6 955	6 482	6 333	6 586	6 372	6 290	6 226
Schleswig-Holstein	18 935	18 056	17 443	17 011	16 170	15 504	15 640	15 023	14 299	14 566
Thüringen	8 334	7 879	7 642	7 513	7 015	6 839	6 999	6 969	6 716	7 071
Deutschland	550 659	531 289	516 080	508 493	485 673	471 205	473 809	463 627	447 368	452 475

Lebendgeborene nichtehelich

Quelle: N 30

Länder	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Baden-Württemberg	16 883	17 529	17 715	18 029	18 232	18 004	18 914	19 797	19 478	20 040
Bayern	22 508	23 056	23 253	23 960	24 145	24 152	25 348	26 307	26 031	27 101
Berlin	11 929	12 350	12 543	13 081	13 279	13 761	14 757	15 514	15 813	16 545
Brandenburg	9 513	9 736	10 193	10 398	10 628	10 706	11 046	11 293	11 315	11 666
Bremen	1 755	1 710	1 782	1 736	1 872	1 881	1 976	2 011	2 030	2 165
Hamburg	4 593	4 666	4 806	4 853	5 189	5 318	5 640	5 888	5 961	6 291
Hessen	10 672	10 849	10 824	11 148	11 587	11 524	12 225	12 434	12 636	13 237
Mecklenburg-Vorpommern	7 470	7 492	7 773	8 078	7 842	7 920	8 058	8 287	8 295	8 498
Niedersachsen	16 102	16 639	16 594	17 372	17 403	17 731	18 173	18 748	18 704	19 080
Nordrhein-Westfalen	31 795	32 483	32 625	33 912	34 869	34 947	37 159	38 785	38 502	39 945
Rheinland-Pfalz	6 410	6 687	6 885	6 867	7 327	7 337	7 781	8 161	8 125	8 387
Saarland	1 789	1 801	1 782	1 956	1 855	1 886	1 996	2 078	2 106	2 156
Sachsen	16 465	16 780	17 693	18 481	18 655	19 013	19 681	20 241	20 146	20 819
Sachsen-Anhalt	10 169	10 196	10 132	10 382	10 684	10 594	10 801	11 325	10 854	11 074
Schleswig-Holstein	6 746	6 859	6 772	7 079	6 857	7 182	7 321	7 655	7 624	8 012
Thüringen	9 017	9 128	9 269	9 797	9 698	9 563	10 177	10 363	10 138	10 456
Deutschland	183 816	187 961	190 641	197 129	200 122	201 519	211 053	218 887	217 758	225 472

Entsprechende Angaben bis 2009 sind auch dem vom Statistischen Bundesamt (jährlich aktualisierten) Statistischen Jahrbuch 2011, Wiesbaden 2011, S. 58, Tabelle 2.29, zu entnehmen.

Aus diesen Angaben ist allerdings kein unmittelbarer Rückschluss auf die Zahl von minderjährigen Kindern möglich, die in ehelichen oder nichtehelichen Familien aufwachsen. Bislang unverheiratete Partner können auch nach der Geburt eines Kindes heiraten; verheiratete Eltern minderjähriger Kinder können sich scheiden lassen; Alleinerziehende von minderjährigen Kindern können (wieder) heiraten.

Aus weiteren statistischen Daten zu Eheschließungen mit gemeinsamen vorehelichen Kindern lässt sich erkennen, dass ein Teil der Eltern der zunächst nichtehelich geborenen Kinder nach der Geburt heiratet, so dass sich der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder durch nachträgliche Eheschließung (näherungsweise um ein Drittel) reduziert.

55. Aus welchen Erkenntnissen, Analysen und Statistiken schließt die Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage zu Frage 19 auf Bundestagsdrucksache 17/8556 vom 7. Februar 2012, dass 76 Prozent der minderjährigen Kinder bei ihren verheirateten Eltern aufwachsen, und wie hat sich dieser Wert in den Jahren 2000 bis 2011 entwickelt (bitte differenzieren nach Bundesland)?

Die von den Fragestellern angesprochene Angabe, wonach 76 Prozent der minderjährigen Kinder bei ihren verheirateten Eltern aufwachsen, ist dem Familienreport 2011 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Seite 24 Abbildung 14 entnommen. Diese Angabe (für 2010) beruht auf dem von der amtlichen Statistik erhobenen „Mikrozensus“ und stammt aus dem Tabellenanhang zur Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes vom 3. August 2011 „Wie leben Kinder in Deutschland“. Im Familienreport 2011, a. a. O. sowie im Tabellenanhang zur Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes ist ergänzend verzeichnet, dass in 2010 von den 13,1 Millionen minderjährigen Kindern 76 Prozent in ehelichen Familien, 7 Prozent in Lebensgemeinschaften und 17 Prozent bei Alleinerziehenden aufwuchsen (Mikrozensus der amtlichen Statistik).

Die Zahlen der Kinder, differenziert nach Bundesländern und der Familienform für die Zeit von 2000 bis 2010 (für 2011 liegen noch keine Zahlen vor), sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle 1: Ledige Kinder unter 18 Jahren nach Familienform

Gebiet	Ledige Kinder nach Familienform					
	insgesamt	Ehepaare	Lebensgemeinschaften		Alleinerziehende	
			zusammen	darunter nichteheliche Lebensgemeinschaften	zusammen	darunter Mütter
	1 000					
Mai 2000						
Deutschland	15192	12366	776	769	2050	1821
Baden-Württemberg	2105	1809	66	66	229	201
Bayern	2342	1994	89	87	260	230
Berlin	543	358	48	48	137	122
Brandenburg	469	319	64	63	86	78
Bremen	102	72	6	6	24	23
Hamburg	272	209	12	12	51	45
Hessen	1135	952	42	41	140	125
Mecklenburg-Vorpommern	313	210	38	38	65	59
Niedersachsen	1513	1270	59	58	183	163
Nordrhein-Westfalen	3362	2841	105	103	417	365
Rheinland-Pfalz	736	621	27	27	88	77
Saarland	173	144	6	6	23	21
Sachsen	742	521	92	92	129	117
Sachsen-Anhalt	435	306	51	51	79	72
Schleswig-Holstein	529	434	27	27	68	62
Thüringen	421	306	44	44	70	62
April 2001						
Deutschland	15090	12153	821	812	2116	1857
Baden-Württemberg	2119	1810	73	72	236	205
Bayern	2343	1987	84	83	273	241
Berlin	544	344	55	54	146	132
Brandenburg	452	299	65	65	88	79
Bremen	107	74	6	6	27	26
Hamburg	266	202	13	13	50	44
Hessen	1107	916	50	49	142	125
Mecklenburg-Vorpommern	290	192	39	38	58	53
Niedersachsen	1516	1259	65	64	192	162
Nordrhein-Westfalen	3356	2814	115	113	427	371
Rheinland-Pfalz	761	639	27	27	94	80
Saarland	169	140	/	/	25	21
Sachsen	717	488	95	95	133	120
Sachsen-Anhalt	423	289	52	51	81	73
Schleswig-Holstein	527	416	31	31	79	69
Thüringen	394	283	46	46	65	56
April 2002						
Deutschland	15046	12033	887	878	2127	1872
Baden-Württemberg	2126	1810	78	77	238	207
Bayern	2351	1985	92	90	274	237
Berlin	547	338	66	65	143	130
Brandenburg	425	276	71	71	78	69
Bremen	109	78	6	6	25	23
Hamburg	267	197	17	17	52	49
Hessen	1112	909	57	56	146	131
Mecklenburg-Vorpommern	282	187	40	40	56	50
Niedersachsen	1536	1263	69	68	204	173
Nordrhein-Westfalen	3365	2807	119	117	439	382
Rheinland-Pfalz	756	630	31	30	96	83
Saarland	165	134	5	5	25	21
Sachsen	688	460	97	96	131	119
Sachsen-Anhalt	406	276	54	54	75	68
Schleswig-Holstein	539	418	39	39	82	72
Thüringen	373	264	45	45	64	56

Tabelle 1: Ledige Kinder unter 18 Jahren nach Familienform

Gebiet	Ledige Kinder nach Familienform					
	insgesamt	Ehepaare	Lebensgemeinschaften		Alleinerziehende	
			zusammen	darunter nichteheliche Lebensgemeinschaften	zusammen	darunter Mütter
	1 000					
Mai 2003						
Deutschland	14864	11736	951	941	2178	1915
Baden-Württemberg	2117	1782	83	82	252	215
Bayern	2347	1946	110	108	291	256
Berlin	527	321	62	61	144	130
Brandenburg	406	257	67	67	81	72
Bremen	111	82	5	5	24	21
Hamburg	274	197	19	19	57	52
Hessen	1099	898	59	59	142	127
Mecklenburg-Vorpommern	278	173	45	44	60	54
Niedersachsen	1523	1240	74	73	209	181
Nordrhein-Westfalen	3348	2770	139	137	439	378
Rheinland-Pfalz	748	617	34	34	96	84
Saarland	169	133	10	10	27	23
Sachsen	656	425	101	100	131	119
Sachsen-Anhalt	379	255	51	51	73	64
Schleswig-Holstein	524	397	42	42	85	76
Thüringen	359	243	49	49	67	61
März 2004						
Deutschland	14680	11490	966	957	2223	1967
Baden-Württemberg	2078	1736	87	86	256	221
Bayern	2339	1930	111	110	299	266
Berlin	519	305	63	62	151	137
Brandenburg	386	239	69	69	78	68
Bremen	108	79	/	/	25	23
Hamburg	279	198	20	20	61	55
Hessen	1095	883	61	60	151	134
Mecklenburg-Vorpommern	276	167	45	44	64	58
Niedersachsen	1487	1204	72	70	211	181
Nordrhein-Westfalen	3337	2742	145	143	450	395
Rheinland-Pfalz	753	619	35	35	99	88
Saarland	170	134	7	7	29	26
Sachsen	631	406	100	100	125	115
Sachsen-Anhalt	358	225	56	56	77	68
Schleswig-Holstein	518	393	41	40	84	76
Thüringen	345	230	51	51	64	58
Jahr 2005						
Deutschland	14374	11224	957	953	2193	1996
Baden-Württemberg	2028	1695	86	86	247	219
Bayern	2265	1862	106	105	297	271
Berlin	504	299	63	63	142	130
Brandenburg	374	231	65	65	79	71
Bremen	103	74	5	5	24	22
Hamburg	267	194	17	16	56	51
Hessen	1075	872	55	55	147	132
Mecklenburg-Vorpommern	255	152	41	41	62	58
Niedersachsen	1493	1201	83	83	208	191
Nordrhein-Westfalen	3314	2702	148	148	464	420
Rheinland-Pfalz	741	602	33	33	105	97
Saarland	176	138	8	8	29	27
Sachsen	581	368	103	103	110	102
Sachsen-Anhalt	345	213	57	57	75	69
Schleswig-Holstein	519	399	37	37	83	77
Thüringen	336	223	48	48	65	60

Tabelle 1: Ledige Kinder unter 18 Jahren nach Familienform

Gebiet	Ledige Kinder nach Familienform					
	insgesamt	Ehepaare	Lebensgemeinschaften		Alleinerziehende	
			zusammen	darunter nichteheliche Lebensgemeinschaften	zusammen	darunter Mütter
	1 000					
Jahr 2006						
Deutschland	14099	10915	942	936	2243	2034
Baden-Württemberg	1992	1657	86	85	249	217
Bayern	2260	1825	109	108	325	292
Berlin	495	283	68	67	144	133
Brandenburg	356	223	60	60	73	66
Bremen	104	74	5	5	24	23
Hamburg	267	191	13	13	62	56
Hessen	1054	847	49	48	158	143
Mecklenburg-Vorpommern	239	140	42	42	57	53
Niedersachsen	1466	1180	71	71	215	192
Nordrhein-Westfalen	3260	2638	156	155	465	421
Rheinland-Pfalz	728	584	40	40	104	95
Saarland	170	135	7	7	28	25
Sachsen	559	343	103	102	112	106
Sachsen-Anhalt	326	197	55	55	74	68
Schleswig-Holstein	513	391	36	36	85	79
Thüringen	313	205	41	41	68	63
Jahr 2007						
Deutschland	13814	10691	939	933	2184	1977
Baden-Württemberg	1963	1629	92	91	243	215
Bayern	2229	1821	103	102	306	274
Berlin	486	291	57	56	139	127
Brandenburg	342	211	56	56	74	66
Bremen	102	72	6	6	24	22
Hamburg	271	192	18	18	62	55
Hessen	1046	843	56	56	147	133
Mecklenburg-Vorpommern	224	131	42	41	52	49
Niedersachsen	1445	1152	78	77	216	195
Nordrhein-Westfalen	3185	2563	161	159	462	417
Rheinland-Pfalz	709	572	36	36	102	93
Saarland	164	130	7	6	27	25
Sachsen	540	328	98	97	113	106
Sachsen-Anhalt	305	177	56	56	72	68
Schleswig-Holstein	507	396	33	33	78	70
Thüringen	294	184	42	42	67	63
Jahr 2008						
Deutschland	13562	10388	968	962	2206	2004
Baden-Württemberg	1946	1616	91	89	240	216
Bayern	2188	1775	107	107	306	271
Berlin	481	279	61	61	141	128
Brandenburg	330	203	56	56	71	63
Bremen	101	67	7	7	27	24
Hamburg	266	186	15	15	65	59
Hessen	1033	824	59	59	150	137
Mecklenburg-Vorpommern	212	124	36	36	52	49
Niedersachsen	1424	1113	82	81	229	210
Nordrhein-Westfalen	3131	2505	162	161	464	424
Rheinland-Pfalz	701	554	41	40	106	97
Saarland	160	123	9	9	27	25
Sachsen	523	305	105	105	113	105
Sachsen-Anhalt	287	164	54	54	70	65
Schleswig-Holstein	498	378	35	34	85	75
Thüringen	281	172	49	49	61	57

Tabelle 1: Ledige Kinder unter 18 Jahren nach Familienform

Gebiet	Ledige Kinder nach Familienform					
	insgesamt	Ehepaare	Lebensgemeinschaften		Alleinerziehende	
			zusammen	darunter nichteheliche Lebensgemeinschaften	zusammen	darunter Mütter
	1 000					
Jahr 2009						
Deutschland	13271	10114	971	966	2185	1989
Baden-Württemberg	1906	1586	84	83	236	212
Bayern	2137	1724	116	116	297	267
Berlin	477	273	66	65	138	127
Brandenburg	321	191	55	55	75	69
Bremen	98	67	6	6	25	22
Hamburg	263	186	17	17	60	56
Hessen	1020	822	56	55	143	128
Mecklenburg-Vorpommern	206	120	39	39	48	45
Niedersachsen	1398	1082	83	83	233	211
Nordrhein-Westfalen	3067	2442	160	159	465	424
Rheinland-Pfalz	677	527	40	39	109	98
Saarland	153	121	7	7	25	22
Sachsen	511	295	103	103	113	107
Sachsen-Anhalt	279	155	50	50	74	70
Schleswig-Holstein	486	367	34	34	86	77
Thüringen	271	157	55	55	60	55
Jahr 2010						
Deutschland	13069	9897	971	964	2202	2010
Baden-Württemberg	1863	1529	83	82	252	226
Bayern	2108	1712	114	113	282	256
Berlin	482	279	65	64	138	126
Brandenburg	325	194	58	58	73	67
Bremen	99	66	9	9	24	22
Hamburg	263	177	18	18	67	64
Hessen	1000	791	61	61	148	133
Mecklenburg-Vorpommern	208	122	38	38	48	46
Niedersachsen	1363	1054	81	80	228	209
Nordrhein-Westfalen	3002	2368	163	161	470	429
Rheinland-Pfalz	654	507	38	38	109	98
Saarland	152	116	9	9	27	24
Sachsen	515	303	99	99	113	106
Sachsen-Anhalt	282	158	50	50	74	69
Schleswig-Holstein	480	359	31	31	90	80
Thüringen	275	164	54	54	58	53

Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Die Ergebnisse bis 2004 beziehen sich auf eine feste Berichtswoche, die Ergebnisse ab 2005 auf den Jahresdurchschnitt.

56. Aus welchen Erkenntnissen, Analysen und Statistiken schließt die Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage zu Frage 19 auf Bundestagsdrucksache 17/8556 vom 7. Februar 2012, dass 90 Prozent der Splittingwirkung auf Ehepaare entfallen, die aktuell Kinder haben oder hatten, und wie hat sich dieser Wert in den Jahren 2000 bis 2011 entwickelt (bitte differenzieren nach Bundesland)?

Statistische Daten bezüglich des Anteils an der Splittingwirkung, der auf Ehepaare entfällt, die aktuell Kinder haben oder hatten, liegen nicht vor. Jedoch entfallen nach Modellberechnungen des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Informationstechnik (FIT) auf Basis der amtlichen Einkommensteuerstatistik 60 Prozent der Wirkung des Splittings auf Eltern mit steuerlich zu berücksichtigenden Kindern. Nach Auswertungen des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) ist davon auszugehen ist, dass es sich bei etwa 75 Prozent der Ehepaare ohne steuerlich zu berücksichtigende Kinder um Eltern handelt. Damit entfallen rund 90 Prozent der Splittingwirkung auf Ehepaare, die steuerlich zu berücksichtigende Kinder haben bzw. hatten.

57. Aus welchen Erkenntnissen, Analysen und Statistiken schließt die Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage zu Frage 19 auf Bundestagsdrucksache 17/8556 vom 7. Februar 2012, dass mit 72 Prozent die Ehe die meistgelebte Familienform der Eltern mit minderjährigen Kindern ist, und wie hat sich dieser Wert in den Jahren 2000 bis 2011 entwickelt (bitte differenzieren nach Bundesland)?

Die von den Fragestellern angesprochene Angabe, wonach mit 72 Prozent die Ehe die meistgelebte Familienform der Eltern von minderjährigen Kindern ist, ist dem Familienreport 2011 des BMFSFJ, S. 22 entnommen. Diese Angabe (für 2010) beruht auf dem von der amtlichen Statistik erhobenen „Mikrozensus“.

Dem entsprechen die Angaben im vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Statistischen Jahrbuch 2011 (Wiesbaden 2011) Seite 47, Tabelle 2.17, wonach (gemäß Mikrozensus) in 2010 sich die 8,123 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern auf 5,846 Millionen Ehepaare, 701 000 Lebensgemeinschaften und 1,575 Millionen Alleinerziehende verteilen. Als Vergleichszahlen für 1996 sind dort angegeben, dass sich die 9,429 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern auf 7,673 Millionen eheliche Familien, 452 000 Lebensgemeinschaften und 1,304 Millionen Alleinerziehende verteilten.

Zahl und Prozentanteil von ehelichen Familien mit minderjährigen Kindern an der Gesamtzahl der Familien mit minderjährigen Kindern für die Zeit von 2000 bis 2010 (für 2011 liegen noch keine konsolidierten Angaben vor), differenziert nach Bundesländern, sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Die Daten beruhen auf dem „Mikrozensus“ der amtlichen Statistik.

Familien*) mit minderjährigen Kindern, darunter Ehepaare
Ergebnis des Mikrozensus

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Erhebungsjahr										
		05/2000	04/2001	04/2002	05/2003	03/2004	2005[1]	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland												
Familien insgesamt	1 000	9 241	9 163	9 157	9 079	8 985	8 901	8 761	8 572	8 410	8 225	8 123
darunter Ehepaare	1 000	7 264	7 107	7 036	6 873	6 729	6 654	6 476	6 327	6 132	5 963	5 846
	%	78.6	77.6	76.8	75.7	74.9	74.8	73.9	73.8	72.9	72.5	72.0
Schleswig-Holstein												
Familien insgesamt	1 000	311	312	314	307	305	312	310	306	304	300	296
darunter Ehepaare	1 000	246	236	233	222	221	229	227	229	221	218	213
	%	79.0	75.6	74.4	72.3	72.3	73.2	73.2	74.8	72.7	72.6	71.9
Hamburg												
Familien insgesamt	1 000	168	165	167	173	176	173	172	172	166	163	165
darunter Ehepaare	1 000	124	118	115	116	117	118	117	117	111	110	105
	%	73.4	71.7	68.9	67.0	66.5	68.6	68.0	67.9	67.0	67.2	63.9
Niedersachsen												
Familien insgesamt	1 000	882	882	896	887	875	881	869	863	848	842	824
darunter Ehepaare	1 000	719	709	712	695	681	681	672	658	634	619	607
	%	81.6	80.4	79.5	78.3	77.9	77.3	77.3	76.2	74.7	73.6	73.7
Bremen												
Familien insgesamt	1 000	65	65	65	67	62	63	66	67	62	60	61
darunter Ehepaare	1 000	44	42	44	46	41	42	44	45	39	38	37
	%	66.8	64.9	66.9	69.1	66.6	67.1	66.6	67.1	61.8	63.9	61.1
Nordrhein-Westfalen												
Familien insgesamt	1 000	1 995	1 989	1 997	1 986	1 987	2 004	1 977	1 947	1 910	1 867	1 832
darunter Ehepaare	1 000	1 639	1 622	1 617	1 590	1 573	1 579	1 541	1 507	1 469	1 428	1 383
	%	82.2	81.5	81.0	80.1	79.2	78.8	77.9	77.4	76.9	76.5	75.5
Hessen												
Familien insgesamt	1 000	682	673	674	673	667	666	652	645	647	627	624
darunter Ehepaare	1 000	558	539	533	532	521	522	505	500	495	482	472
	%	81.8	80.1	79.1	79.0	78.1	78.3	77.6	77.5	76.5	76.8	75.7
Rheinland-Pfalz												
Familien insgesamt	1 000	448	453	453	453	453	453	449	432	429	416	401
darunter Ehepaare	1 000	369	372	368	363	359	355	345	333	325	311	301
	%	82.4	82.0	81.1	80.2	79.3	78.3	76.9	77.2	75.7	74.8	74.9
Baden-Württemberg												
Familien insgesamt	1 000	1 210	1 216	1 226	1 228	1 214	1 198	1 186	1 170	1 157	1 136	1 120
darunter Ehepaare	1 000	1 006	1 006	1 008	998	978	965	950	933	923	907	879
	%	83.2	82.7	82.2	81.2	80.6	80.5	80.1	79.8	79.7	79.9	78.5
Bayern												
Familien insgesamt	1 000	1 405	1 392	1 396	1 400	1 401	1 377	1 377	1 357	1 333	1 306	1 294
darunter Ehepaare	1 000	1 158	1 141	1 139	1 121	1 118	1 093	1 071	1 066	1 036	1 011	1 005
	%	82.4	82.0	81.6	80.1	79.8	79.4	77.8	78.6	77.7	77.4	77.7
Saarland												
Familien insgesamt	1 000	113	112	111	111	108	114	110	109	107	102	100
darunter Ehepaare	1 000	92	90	87	83	83	87	85	84	80	76	73
	%	81.1	80.5	78.4	75.3	76.4	76.3	76.9	76.6	74.6	74.9	73.2
Berlin												
Familien insgesamt	1 000	353	352	355	346	340	334	330	316	314	308	309
darunter Ehepaare	1 000	217	205	201	196	184	185	175	174	167	161	162
	%	61.5	58.4	56.6	56.6	54.3	55.3	53.1	54.9	53.1	52.2	52.6
Brandenburg												
Familien insgesamt	1 000	320	314	299	288	275	268	254	240	231	224	225
darunter Ehepaare	1 000	209	200	187	175	163	159	151	140	132	127	127
	%	65.4	63.8	62.3	60.8	59.4	59.2	59.6	58.2	57.3	56.6	56.2
Mecklenburg-Vorpommern												
Familien insgesamt	1 000	202	190	192	190	191	176	171	158	145	140	142
darunter Ehepaare	1 000	132	121	122	113	110	101	96	86	80	77	79
	%	65.3	63.8	63.5	59.4	57.7	57.4	56.2	54.7	55.1	55.1	55.5
Sachsen												
Familien insgesamt	1 000	503	486	469	452	437	407	387	369	354	342	343
darunter Ehepaare	1 000	344	321	305	283	270	246	226	211	195	186	190
	%	68.3	66.0	65.1	62.7	61.7	60.5	58.4	57.3	55.0	54.4	55.6
Sachsen-Anhalt												
Familien insgesamt	1 000	296	289	284	266	250	241	231	213	203	198	197
darunter Ehepaare	1 000	204	194	189	174	153	146	135	121	111	106	106
	%	68.8	67.2	66.6	65.4	61.5	60.5	58.2	56.8	54.7	53.3	53.6
Thüringen												
Familien insgesamt	1 000	286	274	259	253	244	235	223	208	200	194	192
darunter Ehepaare	1 000	204	190	177	166	156	148	137	124	116	106	107
	%	71.4	69.5	68.3	65.8	64.0	62.8	61.5	59.3	57.8	54.8	55.7

*) Bevölkerung am Hauptwohnsitz der Familie.

1) Die Umstellung von einer Erhebung mit fester Berichtswoche auf eine kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche kann zu methodischen Schwankungen in den Ergebnissen führen.

58. Wie viele Steuerpflichtige haben basierend auf den Einkommensteuerstatistiken der Jahre 2004, 2005, 2006 und 2007 Kinder im steuerrechtlichen Sinne (bitte differenzieren nach Bundesland, Splittingtarif und Grundtabelle, Alter der Frau in 10-Jahresschritten, Anzahl der Kinder, in absoluten Zahlen und relativ zur Grundgesamtheit mit Splittingtarif bzw. Grundtabelle)?

Die Angaben sind den nachstehenden Tabellen zu entnehmen:

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2004
Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Bundesländer
Insgesamt

Bundesland	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
Schleswig-Holstein	556.295	61,7	153.365	17,0	141.682	15,7	38.770	4,3	8.914	1,0	2.709	0,3	901.735
Hamburg	392.661	69,5	86.903	15,4	64.565	11,4	16.081	2,8	3.588	0,6	986	0,2	564.784
Niedersachsen	1.487.878	60,7	423.769	17,3	397.684	16,2	109.549	4,5	24.120	1,0	8.131	0,3	2.451.131
Bremen	124.528	66,2	31.658	16,8	24.252	12,9	5.880	3,1	1.232	0,7	423	0,2	187.973
Nordrhein-Westfalen	3.556.389	62,2	975.690	17,1	869.636	15,2	246.248	4,3	54.527	1,0	17.567	0,3	5.720.057
Hessen	1.317.500	63,4	358.529	17,3	304.489	14,7	75.722	3,6	15.956	0,8	4.906	0,2	2.077.102
Rheinland-Pfalz	814.038	61,3	236.339	17,8	207.565	15,6	54.077	4,1	11.787	0,9	4.046	0,3	1.327.852
Baden-Württemberg	2.257.728	62,2	576.100	15,9	578.302	15,9	170.966	4,7	37.186	1,0	10.801	0,3	3.631.083
Bayern	2.876.720	63,6	736.330	16,3	677.231	15,0	187.189	4,1	37.196	0,8	9.642	0,2	4.524.308
Saarland	196.015	61,5	62.656	19,7	46.638	14,6	10.631	3,3	1.941	0,6	698	0,2	318.579
Berlin	621.533	63,8	202.290	20,8	118.962	12,2	24.627	2,5	5.026	0,5	1.476	0,2	973.914
Brandenburg	404.955	51,8	214.537	27,4	131.917	16,9	24.238	3,1	4.763	0,6	1.425	0,2	781.835
Mecklenburg-Vorpommern	255.661	53,2	129.078	26,8	78.561	16,3	14.132	2,9	2.707	0,6	820	0,2	480.959
Sachsen	717.632	56,3	323.159	25,3	188.929	14,8	35.877	2,8	7.530	0,6	2.335	0,2	1.275.462
Sachsen-Anhalt	388.356	55,0	195.715	27,7	101.707	14,4	16.595	2,3	3.142	0,4	953	0,1	706.468
Thüringen	392.903	54,9	191.420	26,8	107.285	15,0	19.125	2,7	3.576	0,5	997	0,1	715.306
Insgesamt	16.360.792	61,4	4.897.538	18,4	4.039.405	15,2	1.049.707	3,9	223.191	0,8	67.915	0,3	26.638.548

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2004
Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Bundesländer
Nach der Grundtabelle besteuert

Bundesland	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
Schleswig-Holstein	338.223	78,6	55.086	12,8	28.946	6,7	6.344	1,5	1.216	0,3	257	0,1	430.072
Hamburg	277.706	82,7	37.770	11,2	16.436	4,9	3.161	0,9	588	0,2	161	0,0	335.822
Niedersachsen	926.733	80,7	135.239	11,8	68.901	6,0	14.698	1,3	2.635	0,2	590	0,1	1.148.796
Bremen	83.144	80,3	13.067	12,6	5.982	5,8	1.079	1,0	168	0,2	51	0,0	103.491
Nordrhein-Westfalen	2.265.997	82,0	303.997	11,0	152.250	5,5	32.806	1,2	5.675	0,2	1.262	0,0	2.761.987
Hessen	846.080	81,4	121.507	11,7	57.771	5,6	11.190	1,1	1.907	0,2	426	0,0	1.038.881
Rheinland-Pfalz	512.784	81,5	72.143	11,5	35.818	5,7	7.320	1,2	1.211	0,2	260	0,0	629.536
Baden-Württemberg	1.497.264	82,7	188.192	10,4	98.903	5,5	22.102	1,2	3.828	0,2	881	0,0	1.811.170
Bayern	1.937.496	82,8	252.334	10,8	119.623	5,1	25.354	1,1	4.242	0,2	898	0,0	2.339.947
Saarland	124.785	81,1	19.064	12,4	8.293	5,4	1.485	1,0	203	0,1	56	0,0	153.886
Berlin	434.816	72,8	109.848	18,4	44.446	7,4	7.121	1,2	1.037	0,2	213	0,0	597.481
Brandenburg	240.095	60,8	101.640	25,7	44.371	11,2	7.278	1,8	1.169	0,3	267	0,1	394.820
Mecklenburg-Vorpommern	148.265	62,6	59.613	25,2	24.548	10,4	3.606	1,5	547	0,2	131	0,1	236.710
Sachsen	430.914	66,1	149.753	23,0	60.109	9,2	9.170	1,4	1.405	0,2	302	0,0	651.653
Sachsen-Anhalt	220.090	63,4	89.414	25,7	32.290	9,3	4.676	1,3	662	0,2	163	0,0	347.295
Thüringen	234.071	64,9	87.645	24,3	33.024	9,2	4.917	1,4	696	0,2	157	0,0	360.510
Insgesamt	10.518.463	78,8	1.796.312	13,5	831.711	6,2	162.307	1,2	27.189	0,2	6.075	0,0	13.342.057

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2004
Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Bundesländer
Nach der Splittingtabelle besteuert

Bundesland	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
Schleswig-Holstein	218.072	46,2	98.279	20,8	112.736	23,9	32.426	6,9	7.698	1,6	2.452	0,5	471.663
Hamburg	114.955	50,2	49.133	21,5	48.129	21,0	12.920	5,6	3.000	1,3	825	0,4	228.962
Niedersachsen	561.145	43,1	288.530	22,2	328.783	25,2	94.851	7,3	21.485	1,6	7.541	0,6	1.302.335
Bremen	41.384	49,0	18.591	22,0	18.270	21,6	4.801	5,7	1.064	1,3	372	0,4	84.482
Nordrhein-Westfalen	1.290.392	43,6	671.693	22,7	717.386	24,3	213.442	7,2	48.852	1,7	16.305	0,6	2.958.070
Hessen	471.420	45,4	237.022	22,8	246.718	23,8	64.532	6,2	14.049	1,4	4.480	0,4	1.038.221
Rheinland-Pfalz	301.254	43,1	164.196	23,5	171.747	24,6	46.757	6,7	10.576	1,5	3.786	0,5	698.316
Baden-Württemberg	760.464	41,8	387.908	21,3	479.399	26,3	148.864	8,2	33.358	1,8	9.920	0,5	1.819.913
Bayern	939.224	43,0	483.996	22,2	557.608	25,5	161.835	7,4	32.954	1,5	8.744	0,4	2.184.361
Saarland	71.230	43,3	43.592	26,5	38.345	23,3	9.146	5,6	1.738	1,1	642	0,4	164.693
Berlin	186.717	49,6	92.442	24,6	74.516	19,8	17.506	4,7	3.989	1,1	1.263	0,3	376.433
Brandenburg	164.860	42,6	112.897	29,2	87.546	22,6	16.960	4,4	3.594	0,9	1.158	0,3	387.015
Mecklenburg-Vorpommern	107.396	44,0	69.465	28,4	54.013	22,1	10.526	4,3	2.160	0,9	689	0,3	244.249
Sachsen	286.718	46,0	173.406	27,8	128.820	20,7	26.707	4,3	6.125	1,0	2.033	0,3	623.809
Sachsen-Anhalt	168.266	46,8	106.301	29,6	69.417	19,3	11.919	3,3	2.480	0,7	790	0,2	359.173
Thüringen	158.832	44,8	103.775	29,2	74.261	20,9	14.208	4,0	2.880	0,8	840	0,2	354.796
Insgesamt	5.842.329	43,9	3.101.226	23,3	3.207.694	24,1	887.400	6,7	196.002	1,5	61.840	0,5	13.296.491

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2004

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Altersgruppe der Frau

Alter der Frau von … bis unter … Jahre	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
unter 20	166.994	97,4	3.535	2,1	772	0,5	164	0,1	32	0,0	16	0,0	171.513
20 - 30	1.766.969	73,2	393.958	16,3	204.821	8,5	39.578	1,6	7.230	0,3	1.973	0,1	2.414.529
30 - 40	1.364.984	29,9	1.184.263	25,9	1.492.589	32,7	410.273	9,0	88.826	1,9	27.189	0,6	4.568.124
40 - 50	1.571.343	29,8	1.560.330	29,6	1.577.073	29,9	435.202	8,3	96.646	1,8	30.748	0,6	5.271.342
50 - 60	2.699.660	69,9	768.401	19,9	313.314	8,1	66.452	1,7	12.454	0,3	3.557	0,1	3.863.838
60 - 70	1.935.640	94,9	90.275	4,4	12.362	0,6	1.537	0,1	237	0,0	57	0,0	2.040.108
70 und älter	1.073.835	98,7	10.047	0,9	2.748	0,3	710	0,1	148	0,0	55	0,0	1.087.543
Insgesamt	10.579.425	54,5	4.010.809	20,7	3.603.679	18,6	953.916	4,9	205.573	1,1	63.595	0,3	19.416.997

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2005

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Bundesländer

Insgesamt

Bundesland	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
Schleswig-Holstein	565.258	62,4	150.705	16,6	139.981	15,5	38.019	4,2	8.693	1,0	2.612	0,3	905.268
Hamburg	393.956	70,1	84.512	15,0	63.265	11,3	15.545	2,8	3.443	0,6	912	0,2	561.633
Niedersachsen	1.499.166	61,3	414.640	17,0	392.730	16,1	107.065	4,4	23.430	1,0	7.831	0,3	2.444.862
Bremen	124.091	67,0	30.404	16,4	23.384	12,6	5.696	3,1	1.180	0,6	387	0,2	185.142
Nordrhein-Westfalen	3.578.119	62,8	954.175	16,7	857.405	15,0	240.134	4,2	52.514	0,9	16.815	0,3	5.699.162
Hessen	1.334.580	64,0	353.036	16,9	302.943	14,5	74.961	3,6	15.670	0,8	4.788	0,2	2.085.978
Rheinland-Pfalz	824.175	62,0	232.612	17,5	204.241	15,4	52.819	4,0	11.414	0,9	3.923	0,3	1.329.184
Baden-Württemberg	2.268.163	62,4	569.338	15,7	577.594	15,9	169.798	4,7	36.694	1,0	10.609	0,3	3.632.196
Bayern	2.897.929	63,9	729.323	16,1	673.675	14,9	184.903	4,1	36.566	0,8	9.424	0,2	4.531.820
Saarland	197.207	62,2	61.436	19,4	45.559	14,4	10.334	3,3	1.928	0,6	673	0,2	317.137
Berlin	646.519	65,7	194.515	19,8	113.706	11,6	23.463	2,4	4.786	0,5	1.411	0,1	984.400
Brandenburg	417.946	53,7	208.369	26,8	123.742	15,9	22.545	2,9	4.469	0,6	1.342	0,2	778.413
Mecklenburg-Vorpommern	261.384	55,1	123.820	26,1	72.662	15,3	12.947	2,7	2.488	0,5	778	0,2	474.079
Sachsen	740.710	58,2	311.397	24,4	178.680	14,0	33.610	2,6	7.054	0,6	2.239	0,2	1.273.690
Sachsen-Anhalt	393.844	56,9	185.553	26,8	94.233	13,6	15.226	2,2	2.834	0,4	867	0,1	692.557
Thüringen	393.847	56,5	181.835	26,1	99.838	14,3	17.612	2,5	3.281	0,5	912	0,1	697.325
Insgesamt	16.536.894	62,2	4.785.670	18,0	3.963.638	14,9	1.024.677	3,9	216.444	0,8	65.523	0,2	26.592.846

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2005

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Bundesländer

Nach der Grundtabelle besteuert

Bundesland	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
Schleswig-Holstein	341.796	78,9	54.557	12,6	29.003	6,7	6.304	1,5	1.229	0,3	233	0,1	433.122
Hamburg	279.189	83,0	37.094	11,0	16.418	4,9	3.014	0,9	582	0,2	122	0,0	336.419
Niedersachsen	924.906	80,9	132.702	11,6	68.573	6,0	14.410	1,3	2.516	0,2	569	0,0	1.143.676
Bremen	82.430	81,1	12.249	12,1	5.649	5,6	1.070	1,1	158	0,2	29	0,0	101.585
Nordrhein-Westfalen	2.272.191	82,3	299.797	10,9	151.504	5,5	32.175	1,2	5.618	0,2	1.148	0,0	2.762.433
Hessen	854.411	81,6	120.412	11,5	58.487	5,6	11.138	1,1	1.865	0,2	424	0,0	1.046.737
Rheinland-Pfalz	515.572	81,6	71.551	11,3	36.052	5,7	7.210	1,1	1.161	0,2	241	0,0	631.787
Baden-Württemberg	1.496.627	82,7	187.283	10,3	99.839	5,5	22.104	1,2	3.780	0,2	833	0,0	1.810.466
Bayern	1.942.685	82,8	251.700	10,7	120.781	5,1	25.261	1,1	4.186	0,2	901	0,0	2.345.514
Saarland	124.885	81,3	18.851	12,3	8.239	5,4	1.408	0,9	196	0,1	48	0,0	153.627
Berlin	454.214	74,5	105.374	17,3	42.554	7,0	6.650	1,1	969	0,2	195	0,0	609.956
Brandenburg	245.535	62,6	98.123	25,0	41.112	10,5	6.237	1,6	944	0,2	223	0,1	392.174
Mecklenburg-Vorpommern	150.377	64,3	56.863	24,3	22.690	9,7	3.353	1,4	475	0,2	121	0,1	233.879
Sachsen	447.571	67,7	145.725	22,0	57.718	8,7	8.525	1,3	1.292	0,2	284	0,0	661.115
Sachsen-Anhalt	222.788	65,4	83.544	24,5	29.432	8,6	4.132	1,2	563	0,2	128	0,0	340.587
Thüringen	232.078	66,2	82.359	23,5	30.829	8,8	4.450	1,3	647	0,2	139	0,0	350.502
Insgesamt	10.587.255	79,3	1.758.184	13,2	818.880	6,1	157.441	1,2	26.181	0,2	5.638	0,0	13.353.579

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2005

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Bundesländer

Nach der Splittingtabelle besteuert

Bundesland	Anzahl der Kinder: kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
Schleswig-Holstein	223.462	47,3	96.148	20,4	110.978	23,5	31.715	6,7	7.464	1,6	2.379	0,5	472.146
Hamburg	114.767	51,0	47.418	21,1	46.847	20,8	12.531	5,6	2.861	1,3	790	0,4	225.214
Niedersachsen	574.260	44,1	281.938	21,7	324.157	24,9	92.655	7,1	20.914	1,6	7.262	0,6	1.301.186
Bremen	41.661	49,9	18.155	21,7	17.735	21,2	4.626	5,5	1.022	1,2	358	0,4	83.557
Nordrhein-Westfalen	1.305.928	44,5	654.378	22,3	705.901	24,0	207.959	7,1	46.896	1,6	15.667	0,5	2.936.729
Hessen	480.169	46,2	232.624	22,4	244.456	23,5	63.823	6,1	13.805	1,3	4.364	0,4	1.039.241
Rheinland-Pfalz	308.603	44,3	161.061	23,1	168.189	24,1	45.609	6,5	10.253	1,5	3.682	0,5	697.397
Baden-Württemberg	771.536	42,4	382.055	21,0	477.755	26,2	147.694	8,1	32.914	1,8	9.776	0,5	1.821.730
Bayern	955.244	43,7	477.623	21,8	552.894	25,3	159.642	7,3	32.380	1,5	8.523	0,4	2.186.306
Saarland	72.322	44,2	42.585	26,0	37.320	22,8	8.926	5,5	1.732	1,1	625	0,4	163.510
Berlin	192.305	51,4	89.141	23,8	71.152	19,0	16.813	4,5	3.817	1,0	1.216	0,3	374.444
Brandenburg	172.411	44,6	110.246	28,5	82.630	21,4	16.308	4,2	3.525	0,9	1.119	0,3	386.239
Mecklenburg-Vorpommern	111.007	46,2	66.957	27,9	49.972	20,8	9.594	4,0	2.013	0,8	657	0,3	240.200
Sachsen	293.139	47,9	165.672	27,0	120.962	19,7	25.085	4,1	5.762	0,9	1.955	0,3	612.575
Sachsen-Anhalt	171.056	48,6	102.009	29,0	64.801	18,4	11.094	3,2	2.271	0,6	739	0,2	351.970
Thüringen	161.769	46,6	99.476	28,7	69.009	19,9	13.162	3,8	2.634	0,8	773	0,2	346.823
Insgesamt	5.949.639	44,9	3.027.486	22,9	3.144.758	23,8	867.236	6,6	190.263	1,4	59.885	0,5	13.239.267

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2005

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Altersgruppe der Frau

Alter der Frau von … bis unter … Jahre	Anzahl der Kinder: kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
unter 20	151.581	97,7	2.767	1,8	640	0,4	136	0,1	38	0,0	12	0,0	155.174
20 - 30	1.693.772	73,7	368.478	16,0	190.227	8,3	36.224	1,6	6.656	0,3	1.783	0,1	2.297.140
30 - 40	1.298.428	30,4	1.101.389	25,8	1.387.056	32,5	377.488	8,8	80.886	1,9	24.624	0,6	4.269.871
40 - 50	1.542.839	29,3	1.542.035	29,3	1.607.894	30,5	444.472	8,4	98.077	1,9	31.151	0,6	5.266.468
50 - 60	2.758.845	69,3	799.459	20,1	334.122	8,4	71.795	1,8	13.445	0,3	3.817	0,1	3.981.483
60 - 70	2.033.636	95,2	88.505	4,1	11.831	0,6	1.471	0,1	241	0,0	57	0,0	2.135.741
70 und älter	1.300.966	99,0	10.569	0,8	2.385	0,2	598	0,0	146	0,0	47	0,0	1.314.711
Insgesamt	10.780.067	55,5	3.913.202	20,1	3.534.155	18,2	932.184	4,8	199.489	1,0	61.491	0,3	19.420.588

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2006

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Bundesländer

Insgesamt

Bundesland	Anzahl der Kinder: kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
Schleswig-Holstein	552.774	62,4	147.884	16,7	137.767	15,5	36.939	4,2	8.348	0,9	2.509	0,3	886.221
Hamburg	396.765	70,1	85.459	15,1	63.531	11,2	15.595	2,8	3.394	0,6	907	0,2	565.651
Niedersachsen	1.477.015	61,4	408.177	17,0	385.335	16,0	104.396	4,3	22.584	0,9	7.470	0,3	2.404.977
Bremen	121.956	67,4	29.485	16,3	22.516	12,4	5.481	3,0	1.136	0,6	380	0,2	180.954
Nordrhein-Westfalen	3.532.461	62,9	937.028	16,7	843.273	15,0	234.168	4,2	50.649	0,9	15.998	0,3	5.613.577
Hessen	1.319.606	64,1	347.666	16,9	298.289	14,5	73.540	3,6	15.326	0,7	4.619	0,2	2.059.046
Rheinland-Pfalz	816.616	62,2	229.924	17,5	200.464	15,3	51.431	3,9	11.106	0,8	3.719	0,3	1.313.260
Baden-Württemberg	2.259.378	62,6	562.749	15,6	572.382	15,9	167.335	4,6	36.016	1,0	10.304	0,3	3.608.164
Bayern	2.896.184	64,2	723.102	16,0	666.431	14,8	181.546	4,0	35.668	0,8	9.275	0,2	4.512.206
Saarland	196.140	62,6	60.223	19,2	44.396	14,2	10.058	3,2	1.894	0,6	651	0,2	313.362
Berlin	641.616	66,3	188.409	19,5	109.125	11,3	22.532	2,3	4.639	0,5	1.371	0,1	967.692
Brandenburg	422.178	55,0	202.708	26,4	116.833	15,2	21.208	2,8	4.112	0,5	1.224	0,2	768.263
Mecklenburg-Vorpommern	261.904	56,5	119.198	25,7	67.403	14,5	11.977	2,6	2.304	0,5	713	0,2	463.499
Sachsen	735.094	59,1	299.987	24,1	169.076	13,6	31.933	2,6	6.554	0,5	2.124	0,2	1.244.768
Sachsen-Anhalt	389.250	58,0	177.006	26,4	87.210	13,0	13.834	2,1	2.573	0,4	813	0,1	670.686
Thüringen	390.759	57,5	174.664	25,7	93.696	13,8	16.326	2,4	3.042	0,4	897	0,1	679.384
Insgesamt	16.409.696	62,5	4.693.669	17,9	3.877.727	14,8	998.299	3,8	209.345	0,8	62.974	0,2	26.251.710

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2006

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Bundesländer

Nach der Grundtabelle besteuert

Bundesland	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
Schleswig-Holstein	335.280	78,6	54.179	12,7	29.347	6,9	6.308	1,5	1.190	0,3	248	0,1	426.552
Hamburg	283.782	82,8	38.165	11,1	16.750	4,9	3.149	0,9	557	0,2	127	0,0	342.530
Niedersachsen	911.549	80,5	133.380	11,8	69.267	6,1	14.504	1,3	2.448	0,2	576	0,1	1.131.724
Bremen	81.609	81,4	11.939	11,9	5.487	5,5	980	1,0	151	0,2	30	0,0	100.196
Nordrhein-Westfalen	2.252.551	82,1	299.498	10,9	152.442	5,6	32.301	1,2	5.490	0,2	1.164	0,0	2.743.446
Hessen	845.660	81,5	120.352	11,6	58.589	5,6	11.069	1,1	1.791	0,2	416	0,0	1.037.877
Rheinland-Pfalz	511.230	81,4	71.913	11,4	36.541	5,8	7.256	1,2	1.176	0,2	241	0,0	628.357
Baden-Württemberg	1.494.403	82,5	187.864	10,4	101.390	5,6	22.205	1,2	3.820	0,2	792	0,0	1.810.474
Bayern	1.942.581	82,7	252.756	10,8	122.430	5,2	25.635	1,1	4.128	0,2	909	0,0	2.348.439
Saarland	124.312	81,2	18.878	12,3	8.269	5,4	1.398	0,9	217	0,1	51	0,0	153.125
Berlin	454.756	75,0	102.828	16,9	41.495	6,8	6.470	1,1	954	0,2	185	0,0	606.688
Brandenburg	247.329	63,4	96.559	24,8	39.287	10,1	5.797	1,5	824	0,2	185	0,0	389.981
Mecklenburg-Vorpommern	149.881	65,0	55.360	24,0	21.605	9,4	3.136	1,4	436	0,2	112	0,0	230.530
Sachsen	443.197	68,0	143.045	21,9	56.072	8,6	8.133	1,2	1.182	0,2	277	0,0	651.906
Sachsen-Anhalt	218.966	66,1	80.126	24,2	27.994	8,4	3.677	1,1	527	0,2	114	0,0	331.404
Thüringen	228.269	66,6	79.968	23,3	29.703	8,7	4.115	1,2	599	0,2	126	0,0	342.780
Insgesamt	10.525.355	79,3	1.746.810	13,2	816.668	6,2	156.133	1,2	25.490	0,2	5.553	0,0	13.276.009

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2006

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Bundesländer

Nach der Splittingtabelle besteuert

Bundesland	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
Schleswig-Holstein	217.494	47,3	93.705	20,4	108.420	23,6	30.631	6,7	7.158	1,6	2.261	0,5	459.669
Hamburg	112.983	50,6	47.294	21,2	46.781	21,0	12.446	5,6	2.837	1,3	780	0,3	223.121
Niedersachsen	565.466	44,4	274.797	21,6	316.068	24,8	89.892	7,1	20.136	1,6	6.894	0,5	1.273.253
Bremen	40.347	50,0	17.546	21,7	17.029	21,1	4.501	5,6	985	1,2	350	0,4	80.758
Nordrhein-Westfalen	1.279.910	44,6	637.530	22,2	690.831	24,1	201.867	7,0	45.159	1,6	14.834	0,5	2.870.131
Hessen	473.946	46,4	227.314	22,3	239.700	23,5	62.471	6,1	13.535	1,3	4.203	0,4	1.021.169
Rheinland-Pfalz	305.386	44,6	158.011	23,1	163.923	23,9	44.175	6,4	9.930	1,4	3.478	0,5	684.903
Baden-Württemberg	764.975	42,6	374.885	20,9	470.992	26,2	145.130	8,1	32.196	1,8	9.512	0,5	1.797.690
Bayern	953.603	44,1	470.346	21,7	544.001	25,1	155.911	7,2	31.540	1,5	8.366	0,4	2.163.767
Saarland	71.828	44,8	41.345	25,8	36.127	22,5	8.660	5,4	1.677	1,0	600	0,4	160.237
Berlin	186.860	51,8	85.581	23,7	67.630	18,7	16.062	4,4	3.685	1,0	1.186	0,3	361.004
Brandenburg	174.849	46,2	106.149	28,1	77.546	20,5	15.411	4,1	3.288	0,9	1.039	0,3	378.282
Mecklenburg-Vorpommern	112.023	48,1	63.838	27,4	45.798	19,7	8.841	3,8	1.868	0,8	601	0,3	232.969
Sachsen	291.897	49,2	156.942	26,5	113.004	19,1	23.800	4,0	5.372	0,9	1.847	0,3	592.862
Sachsen-Anhalt	170.284	50,2	96.880	28,6	59.216	17,5	10.157	3,0	2.046	0,6	699	0,2	339.282
Thüringen	162.490	48,3	94.696	28,1	63.993	19,0	12.211	3,6	2.443	0,7	771	0,2	336.604
Insgesamt	5.884.341	45,3	2.946.859	22,7	3.061.059	23,6	842.166	6,5	183.855	1,4	57.421	0,4	12.975.701

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2006

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Altersgruppe der Frau

Alter der Frau von … bis unter … Jahre	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
unter 20	149.309	97,9	2.409	1,6	591	0,4	131	0,1	28	0,0	16	0,0	152.484
20 - 30	1.648.768	74,4	348.525	15,7	177.114	8,0	33.883	1,5	6.143	0,3	1.653	0,1	2.216.086
30 - 40	1.240.493	31,1	1.026.192	25,7	1.282.500	32,1	346.576	8,7	74.274	1,9	22.433	0,6	3.992.468
40 - 50	1.523.689	29,1	1.524.242	29,1	1.618.754	30,9	446.664	8,5	97.780	1,9	30.808	0,6	5.241.937
50 - 60	2.787.048	68,8	820.690	20,3	350.573	8,7	76.359	1,9	14.116	0,3	3.990	0,1	4.052.776
60 - 70	2.000.424	95,2	88.036	4,2	11.959	0,6	1.376	0,1	229	0,0	56	0,0	2.102.080
70 und älter	1.350.243	99,0	10.346	0,8	2.029	0,1	490	0,0	122	0,0	38	0,0	1.363.268
Insgesamt	10.699.974	56,0	3.820.440	20,0	3.443.520	18,0	905.479	4,7	192.692	1,0	58.994	0,3	19.121.099

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2007

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Bundesländer

Insgesamt

Bundesland	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
Schleswig-Holstein	562.745	63,0	147.523	16,5	136.494	15,3	36.296	4,1	8.228	0,9	2.380	0,3	893.666
Hamburg	405.171	70,4	86.465	15,0	63.822	11,1	15.695	2,7	3.413	0,6	865	0,2	575.431
Niedersachsen	1.513.019	62,2	407.538	16,7	381.489	15,7	102.595	4,2	22.041	0,9	7.330	0,3	2.434.012
Bremen	124.640	68,0	29.561	16,1	22.219	12,1	5.395	2,9	1.099	0,6	395	0,2	183.309
Nordrhein-Westfalen	3.619.758	63,6	938.363	16,5	836.665	14,7	230.029	4,0	49.717	0,9	15.602	0,3	5.690.134
Hessen	1.350.422	64,8	346.397	16,6	295.539	14,2	72.870	3,5	15.076	0,7	4.505	0,2	2.084.809
Rheinland-Pfalz	839.732	63,1	228.505	17,2	197.468	14,8	50.194	3,8	10.877	0,8	3.668	0,3	1.330.444
Baden-Württemberg	2.324.531	63,5	560.655	15,3	566.554	15,5	163.443	4,5	35.111	1,0	9.952	0,3	3.660.246
Bayern	2.991.396	65,0	726.626	15,8	663.273	14,4	179.135	3,9	34.949	0,8	9.170	0,2	4.604.549
Saarland	201.227	63,6	59.536	18,8	43.246	13,7	9.860	3,1	1.836	0,6	607	0,2	316.312
Berlin	664.050	67,3	186.617	18,9	107.920	10,9	22.471	2,3	4.578	0,5	1.363	0,1	986.999
Brandenburg	441.356	56,6	200.083	25,7	112.266	14,4	20.360	2,6	3.939	0,5	1.163	0,1	779.167
Mecklenburg-Vorpommern	270.734	58,4	115.555	24,9	63.404	13,7	11.380	2,5	2.128	0,5	667	0,1	463.868
Sachsen	763.417	60,6	292.889	23,3	163.289	13,0	30.866	2,5	6.445	0,5	1.987	0,2	1.258.893
Sachsen-Anhalt	400.559	59,9	170.188	25,4	82.336	12,3	12.977	1,9	2.432	0,4	758	0,1	669.250
Thüringen	403.231	59,3	168.929	24,8	89.076	13,1	15.524	2,3	2.919	0,4	837	0,1	680.516
Insgesamt	16.875.988	63,4	4.665.430	17,5	3.825.060	14,4	979.090	3,7	204.788	0,8	61.249	0,2	26.611.605

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2007

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Bundesländer

Nach der Grundtabelle besteuert

Bundesland	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
Schleswig-Holstein	343.823	78,6	55.383	12,7	30.243	6,9	6.452	1,5	1.197	0,3	230	0,1	437.328
Hamburg	292.875	82,8	39.490	11,2	17.227	4,9	3.297	0,9	577	0,2	119	0,0	353.585
Niedersachsen	938.580	80,7	136.552	11,7	70.805	6,1	14.666	1,3	2.478	0,2	593	0,1	1.163.674
Bremen	84.071	81,4	12.309	11,9	5.603	5,4	1.067	1,0	164	0,2	38	0,0	103.252
Nordrhein-Westfalen	2.321.330	82,1	309.117	10,9	156.914	5,6	32.673	1,2	5.533	0,2	1.128	0,0	2.826.695
Hessen	871.904	81,5	123.732	11,6	59.999	5,6	11.366	1,1	1.800	0,2	420	0,0	1.069.221
Rheinland-Pfalz	527.662	81,5	73.603	11,4	37.267	5,8	7.371	1,1	1.152	0,2	270	0,0	647.325
Baden-Württemberg	1.548.754	82,8	192.082	10,3	103.806	5,5	22.170	1,2	3.852	0,2	811	0,0	1.871.475
Bayern	2.016.223	82,7	262.084	10,8	126.847	5,2	26.373	1,1	4.229	0,2	933	0,0	2.436.689
Saarland	128.199	81,4	19.247	12,2	8.342	5,3	1.429	0,9	205	0,1	45	0,0	157.467
Berlin	476.088	75,5	104.282	16,5	42.142	6,7	6.538	1,0	971	0,2	198	0,0	630.219
Brandenburg	259.780	64,5	97.486	24,2	39.193	9,7	5.558	1,4	776	0,2	169	0,0	402.962
Mecklenburg-Vorpommern	154.974	65,9	55.161	23,5	21.284	9,1	3.108	1,3	398	0,2	105	0,0	235.030
Sachsen	462.648	68,8	143.861	21,4	56.750	8,4	8.175	1,2	1.216	0,2	246	0,0	672.896
Sachsen-Anhalt	226.186	67,2	78.958	23,4	27.421	8,1	3.570	1,1	532	0,2	106	0,0	336.773
Thüringen	236.053	67,4	79.822	22,8	29.369	8,4	4.053	1,2	586	0,2	128	0,0	350.011
Insgesamt	10.889.150	79,5	1.783.169	13,0	833.212	6,1	157.866	1,2	25.666	0,2	5.539	0,0	13.694.602

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2007

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Bundesländer

Nach der Splittingtabelle besteuert

Bundesland	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
Schleswig-Holstein	218.922	48,0	92.140	20,2	106.251	23,3	29.844	6,5	7.031	1,5	2.150	0,5	456.338
Hamburg	112.296	50,6	46.975	21,2	46.595	21,0	12.398	5,6	2.836	1,3	746	0,3	221.846
Niedersachsen	574.439	45,2	270.986	21,3	310.684	24,5	87.929	6,9	19.563	1,5	6.737	0,5	1.270.338
Bremen	40.569	50,7	17.252	21,5	16.616	20,8	4.328	5,4	935	1,2	357	0,4	80.057
Nordrhein-Westfalen	1.298.428	45,3	629.246	22,0	679.751	23,7	197.356	6,9	44.184	1,5	14.474	0,5	2.863.439
Hessen	478.518	47,1	222.665	21,9	235.540	23,2	61.504	6,1	13.276	1,3	4.085	0,4	1.015.588
Rheinland-Pfalz	312.070	45,7	154.902	22,7	160.201	23,5	42.823	6,3	9.725	1,4	3.398	0,5	683.119
Baden-Württemberg	775.777	43,4	368.573	20,6	462.748	25,9	141.273	7,9	31.259	1,7	9.141	0,5	1.788.771
Bayern	975.173	45,0	464.542	21,4	536.426	24,7	152.762	7,0	30.720	1,4	8.237	0,4	2.167.860
Saarland	73.028	46,0	40.289	25,4	34.904	22,0	8.431	5,3	1.631	1,0	562	0,4	158.845
Berlin	187.962	52,7	82.335	23,1	65.778	18,4	15.933	4,5	3.607	1,0	1.165	0,3	356.780
Brandenburg	181.576	48,3	102.597	27,3	73.073	19,4	14.802	3,9	3.163	0,8	994	0,3	376.205
Mecklenburg-Vorpommern	115.760	50,6	60.394	26,4	42.120	18,4	8.272	3,6	1.730	0,8	562	0,2	228.838
Sachsen	300.769	51,3	149.028	25,4	106.539	18,2	22.691	3,9	5.229	0,9	1.741	0,3	585.997
Sachsen-Anhalt	174.373	52,4	91.230	27,4	54.915	16,5	9.407	2,8	1.900	0,6	652	0,2	332.477
Thüringen	167.178	50,6	89.107	27,0	59.707	18,1	11.471	3,5	2.333	0,7	709	0,2	330.505
Insgesamt	5.986.838	46,3	2.882.261	22,3	2.991.848	23,2	821.224	6,4	179.122	1,4	55.710	0,4	12.917.003

Jährliche Einkommensteuerstatistik 2007

Unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Anzahl der Kinder und Altersgruppe der Frau

Alter der Frau von … bis unter … Jahre	Anzahl der Kinder												
	kein Kind		1 Kind		2 Kinder		3 Kinder		4 Kinder		5 und mehr Kinder		Insgesamt
	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige	Anteil in %	Steuer-pflichtige
unter 20	181.311	98,5	2.096	1,1	460	0,2	103	0,1	25	0,0	11	0,0	184.006
20 - 30	1.670.085	75,2	339.550	15,3	170.162	7,7	32.277	1,5	5.987	0,3	1.508	0,1	2.219.569
30 - 40	1.210.134	31,7	976.294	25,6	1.209.092	31,7	327.175	8,6	70.215	1,8	21.493	0,6	3.814.403
40 - 50	1.545.544	29,3	1.525.362	28,9	1.633.731	30,9	447.355	8,5	97.428	1,8	30.190	0,6	5.279.610
50 - 60	2.852.771	68,6	841.868	20,2	365.685	8,8	79.428	1,9	14.663	0,4	4.173	0,1	4.158.588
60 - 70	2.075.558	95,2	90.464	4,1	12.391	0,6	1.349	0,1	206	0,0	52	0,0	2.180.020
70 und älter	1.511.594	99,1	11.113	0,7	2.118	0,1	513	0,0	108	0,0	33	0,0	1.525.479
Insgesamt	11.046.997	57,1	3.786.747	19,6	3.393.639	17,5	888.200	4,6	188.632	1,0	57.460	0,3	19.361.675

59. Wie verteilt sich der gesamte steuerliche Vorteil aus dem Splittingtarif gegenüber der Einzelveranlagung basierend auf den Einkommensteuerstatistiken der Jahre 2004, 2005, 2006 und 2007 auf die Steuerpflichtigen mit und ohne Kinder im steuerrechtlichen Sinne (bitte differenzieren nach Bundesland, Alter der Frau in 10-Jahresschritten, Anzahl der Kinder, Fallanzahl absolut und relativ zur Grundgesamtheit mit Splittingtarif, in absoluten Werten und relativ zu den gesamten Mindereinnahmen aus dem Splittingtarif)?

Der Bundesregierung liegen hierüber keine Erkenntnisse vor.

60. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass für die Beantwortung der Frage, ob Ehepartner, die dem Splittingtarif unterliegen, Kinder, unabhängig vom steuerrechtlichen Status der letzteren, haben bzw. hatten, die Verwendung der Einkommensteuerstatistik ungeeignet ist (bitte mit Begründung)?

Allein anhand der amtlichen Einkommensteuerstatistiken kann die Frage, welche Ehepaare, die dem Splittingtarif unterliegen, Kinder im steuerrechtlichen Sinne haben oder hatten, nicht beantwortet werden. Es existiert auch keine andere amtliche Statistik, die diese Merkmale kombiniert abbildet. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 56 verwiesen.

61. In wie vielen Fällen waren basierend auf dem Mikrozensus Kinder im Haushalt der Befragten vorhanden (bitte differenzieren nach Ehen, eingetragener Lebenspartnerschaft, getrennt lebenden Ehegattinnen/Ehegatten, alleinstehend als Lebensform, differenziert für die Jahre seit Erhebung des Merkmals für die eingetragene Lebenspartnerschaft bis zum Jahr 2010, nach Bundesland)?

Die Ergebnisse aus dem Mikrozensus für die Jahre 2006 bis 2010 sind in den folgenden Tabellen für Familien mit Kindern ohne Altersbegrenzung und für Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind dargestellt.

Daten zu eingetragenen Lebenspartnerschaft können nicht ausgewiesen werden, weil die aus der Stichprobe hochgerechneten Werte wegen zu geringer Fallzahlen nicht belastbar sind.

Bei den Angaben über getrennt lebende Ehegatten ist zu beachten, dass dieser Personenkreis nach der Trennung in unterschiedlichen Lebensformen leben kann. Daher werden in der Tabelle die getrennt lebenden Ehegatten sowohl insgesamt, als auch differenziert nach Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden dargestellt.

Tabelle 1: Familien*) nach Lebensform und Bundesländern (Kinder ohne Altersbegrenzung)
Ergebnisse des Mikrozensus

Gebietsstand	Familien mit Kindern ohne Altersbegrenzung								
	Insgesamt	davon							darunter getrennt lebende Ehegatten
		Ehepaare	Lebensgemeinschaften				Alleinerziehende		
			zusammen	darunter getrennt lebende Ehegatten	darunter		zusammen	darunter getrennt lebende Ehegatten	
					nichteheliche Lebensgemeinschaften	eingetragene Lebenspartnerschaften			
	1.000								
2006									
Deutschland	12.397	8.989	752	44	748	/	2.655	370	414
Baden-Württemberg	1.691	1.313	68	6	68	-	310	44	50
Bayern	1.954	1.482	86	6	86	/	386	55	61
Berlin	442	238	51	/	51	-	153	25	28
Brandenburg	403	251	51	/	51	-	101	12	14
Bremen	84	54	/	/	/	-	25	/	/
Hamburg	228	153	12	/	12	-	63	9	9
Hessen	913	685	40	/	40	-	188	32	35
Mecklenburg-Vorpommern	261	156	35	/	35	-	70	6	6
Niedersachsen	1.177	887	56	/	55	/	234	33	36
Nordrhein-Westfalen	2.701	2.043	120	9	119	/	538	79	88
Rheinland-Pfalz	632	475	33	/	33	-	124	18	21
Saarland	161	117	6	/	6	-	38	5	6
Sachsen	603	371	83	/	82	-	150	18	21
Sachsen-Anhalt	376	237	45	/	44	-	94	10	11
Schleswig-Holstein	406	291	27	/	27	/	89	11	13
Thüringen	364	236	36	/	36	-	92	10	11
2007									
Deutschland	12.283	8.884	770	43	766	/	2.628	378	421
Baden-Württemberg	1.671	1.290	72	6	71	/	309	45	51
Bayern	1.948	1.479	84	6	84	-	384	57	62
Berlin	430	234	47	/	47	/	149	28	31
Brandenburg	394	242	49	/	49	/	103	12	14
Bremen	86	57	/	/	/	-	24	/	/
Hamburg	228	154	14	/	13	/	60	8	9
Hessen	918	686	46	/	46	-	186	28	31
Mecklenburg-Vorpommern	252	148	35	/	35	/	69	6	6
Niedersachsen	1.169	874	57	/	56	/	238	32	36
Nordrhein-Westfalen	2.694	2.030	131	10	131	/	532	89	99
Rheinland-Pfalz	622	467	32	/	32	/	123	18	21
Saarland	161	118	5	/	5	-	38	6	6
Sachsen	586	359	83	/	82	-	144	17	19
Sachsen-Anhalt	363	225	46	/	46	-	92	10	12
Schleswig-Holstein	406	297	25	/	25	/	84	11	12
Thüringen	355	223	39	/	39	-	92	9	10
2008									
Deutschland	12.115	8.653	794	41	790	/	2.669	367	408
Baden-Württemberg	1.660	1.280	74	/	73	/	305	39	43
Bayern	1.926	1.444	88	5	88	/	394	55	60
Berlin	433	230	48	/	48	/	155	27	28
Brandenburg	387	234	52	/	52	-	101	13	14
Bremen	85	53	/	/	/	-	28	/	/
Hamburg	226	148	12	/	12	-	66	7	8
Hessen	918	678	49	/	49	-	191	30	33
Mecklenburg-Vorpommern	239	143	33	/	33	/	63	5	6
Niedersachsen	1.142	836	60	/	60	/	246	34	39
Nordrhein-Westfalen	2.650	1.979	130	9	129	/	541	87	96
Rheinland-Pfalz	621	456	34	/	33	/	131	19	21
Saarland	161	115	7	/	7	-	39	/	5
Sachsen	570	343	86	/	86	-	142	15	17
Sachsen-Anhalt	350	213	46	/	46	-	91	9	11
Schleswig-Holstein	400	284	27	/	26	/	89	12	14
Thüringen	346	219	43	/	42	-	85	8	9
2009									
Deutschland	11.913	8.470	808	42	803	/	2.635	363	406
Baden-Württemberg	1.633	1.263	72	5	72	/	298	38	44
Bayern	1.911	1.433	95	6	95	/	383	52	58
Berlin	421	218	52	/	52	/	151	23	26
Brandenburg	384	231	48	/	48	-	105	12	14
Bremen	83	52	/	/	/	-	27	/	/
Hamburg	224	146	14	/	14	-	64	6	7
Hessen	905	667	49	/	48	/	190	30	34
Mecklenburg-Vorpommern	227	135	32	/	32	-	60	5	5
Niedersachsen	1.134	824	65	/	65	/	245	34	38
Nordrhein-Westfalen	2.604	1.930	134	8	133	/	540	87	95
Rheinland-Pfalz	614	447	33	/	32	/	135	20	23
Saarland	157	114	7	-	7	-	36	6	6
Sachsen	549	329	84	/	84	-	135	15	17
Sachsen-Anhalt	336	197	46	/	46	-	93	10	12
Schleswig-Holstein	400	283	27	/	27	/	89	11	13
Thüringen	331	201	46	/	46	-	84	10	12
2010									
Deutschland	11.774	8.316	804	39	799	/	2.655	373	413
Baden-Württemberg	1.625	1.242	69	5	69	/	314	42	47
Bayern	1.896	1.428	96	/	96	/	371	53	58
Berlin	419	218	51	/	50	/	151	23	25
Brandenburg	366	218	51	/	51	-	98	12	13
Bremen	83	51	6	/	6	-	26	/	/
Hamburg	229	143	14	/	14	/	71	7	7
Hessen	903	661	52	/	52	/	191	30	34
Mecklenburg-Vorpommern	222	132	30	/	30	-	60	6	6
Niedersachsen	1.119	815	66	/	65	/	238	34	38
Nordrhein-Westfalen	2.582	1.884	136	9	135	/	562	90	99
Rheinland-Pfalz	597	434	30	/	30	-	133	19	22
Saarland	157	112	8	/	8	-	37	5	6
Sachsen	541	322	80	/	80	-	138	18	20
Sachsen-Anhalt	318	186	45	/	45	-	87	9	10
Schleswig-Holstein	392	275	25	/	25	/	93	13	14
Thüringen	325	195	46	/	45	-	84	9	10

*) Bevölkerung am Hauptwohnsitz der Familie.
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
- = nichts vorhanden.
Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Tabelle 2: Familien*) nach Lebensform und Bundesländern (mit mindestens einem minderjährigen Kind)
Ergebnisse des Mikrozensus

Gebietsstand	Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind								
	Insgesamt	davon							darunter getrennt lebende Ehegatten
		Ehepaare	Lebensgemeinschaften				Alleinerziehende		
			zusammen	darunter getrennt lebende Ehegatten	darunter nichteheliche Lebensgemeinschaften	darunter eingetragene Lebenspartnerschaften	zusammen	darunter getrennt lebende Ehegatten	
	1.000								
2006									
Deutschland	8.761	6.476	668	38	664	/	1.617	271	309
Baden-Württemberg	1.186	950	60	5	59	-	176	32	37
Bayern	1.377	1.071	76	/	75	-	230	43	48
Berlin	330	175	48	/	48	-	106	19	21
Brandenburg	254	151	44	/	44	-	58	8	9
Bremen	66	44	/	/	/	-	18	/	/
Hamburg	172	117	11	/	10	-	44	7	8
Hessen	652	505	34	/	34	-	112	23	25
Mecklenburg-Vorpommern	171	96	31	/	31	-	43	/	/
Niedersachsen	869	672	49	/	49	/	148	25	28
Nordrhein-Westfalen	1.977	1.541	107	7	106	/	329	58	65
Rheinland-Pfalz	449	345	29	/	29	-	75	14	17
Saarland	110	85	/	/	/	-	21	/	/
Sachsen	387	226	75	/	74	-	86	12	14
Sachsen-Anhalt	231	135	40	/	40	-	56	7	8
Schleswig-Holstein	310	227	24	/	24	/	59	8	10
Thüringen	223	137	31	/	31	-	54	6	7
2007									
Deutschland	8.572	6.327	675	37	671	/	1.570	276	313
Baden-Württemberg	1.170	933	62	/	61	/	175	31	36
Bayern	1.357	1.066	74	5	74	-	217	41	46
Berlin	316	174	42	/	42	/	100	20	22
Brandenburg	240	140	41	/	41	/	59	7	9
Bremen	67	45	/	/	/	-	18	/	/
Hamburg	172	117	12	/	12	/	43	6	7
Hessen	645	500	40	/	40	-	106	21	23
Mecklenburg-Vorpommern	158	86	32	/	31	/	40	/	/
Niedersachsen	863	658	52	/	52	/	153	24	27
Nordrhein-Westfalen	1.947	1.507	115	8	114	/	326	70	78
Rheinland-Pfalz	432	333	27	/	27	/	72	13	15
Saarland	109	84	/	/	/	-	21	/	/
Sachsen	369	211	73	/	73	-	84	12	14
Sachsen-Anhalt	213	121	39	/	39	-	53	7	9
Schleswig-Holstein	306	229	23	/	23	/	54	8	9
Thüringen	208	124	33	/	33	-	52	5	6
2008									
Deutschland	8.410	6.132	694	35	690	/	1.584	265	300
Baden-Württemberg	1.157	923	63	/	63	/	171	27	31
Bayern	1.333	1.036	77	/	76	/	220	39	43
Berlin	314	167	44	/	44	/	103	20	21
Brandenburg	231	132	43	/	43	-	55	7	9
Bremen	62	39	/	/	/	-	19	/	/
Hamburg	166	111	11	/	11	-	44	5	5
Hessen	647	495	43	/	43	-	109	22	26
Mecklenburg-Vorpommern	145	80	28	/	28	/	37	/	/
Niedersachsen	848	634	55	/	55	/	160	26	30
Nordrhein-Westfalen	1.910	1.469	113	7	112	/	328	65	72
Rheinland-Pfalz	429	325	28	/	28	/	76	15	17
Saarland	107	80	6	/	6	-	21	/	/
Sachsen	354	195	77	/	77	-	82	9	11
Sachsen-Anhalt	203	111	40	/	40	-	52	6	7
Schleswig-Holstein	304	221	24	/	24	/	59	10	11
Thüringen	200	116	37	/	37	-	48	5	7
2009									
Deutschland	8.225	5.963	702	35	698	/	1.560	262	297
Baden-Württemberg	1.136	907	62	/	62	/	167	27	31
Bayern	1.306	1.011	82	5	81	/	213	39	44
Berlin	308	161	48	/	48	/	99	16	18
Brandenburg	224	127	39	/	39	-	58	8	9
Bremen	60	38	/	/	/	-	17	/	/
Hamburg	163	110	12	/	12	-	41	5	6
Hessen	627	482	41	/	41	/	104	20	24
Mecklenburg-Vorpommern	140	77	28	-	28	-	34	/	/
Niedersachsen	842	619	60	/	59	/	163	26	29
Nordrhein-Westfalen	1.867	1.428	114	7	113	/	325	63	70
Rheinland-Pfalz	416	311	28	/	28	/	77	15	17
Saarland	102	76	6	-	6	-	20	/	/
Sachsen	342	186	75	/	75	-	81	9	11
Sachsen-Anhalt	198	106	38	/	38	-	55	8	9
Schleswig-Holstein	300	218	23	/	23	-	59	9	10
Thüringen	194	106	41	/	41	-	47	7	8
2010									
Deutschland	8.123	5.846	701	33	697	/	1.575	264	297
Baden-Württemberg	1.120	879	60	/	60	/	180	28	32
Bayern	1.294	1.005	83	/	82	/	205	40	44
Berlin	309	162	47	/	46	/	99	16	18
Brandenburg	225	127	43	/	43	-	55	7	8
Bremen	61	37	6	/	6	-	18	/	/
Hamburg	165	105	13	/	13	/	47	6	6
Hessen	624	472	44	/	44	/	108	21	24
Mecklenburg-Vorpommern	142	79	28	/	28	-	35	/	/
Niedersachsen	824	607	59	/	58	/	158	26	29
Nordrhein-Westfalen	1.832	1.383	116	7	114	/	334	63	70
Rheinland-Pfalz	401	301	26	/	26	-	74	13	16
Saarland	100	73	6	/	6	-	21	/	/
Sachsen	343	190	71	/	71	-	81	11	12
Sachsen-Anhalt	197	106	38	/	38	-	53	7	7
Schleswig-Holstein	296	213	22	/	21	/	61	10	11
Thüringen	192	107	40	/	40	-	45	6	7

*) Bevölkerung am Hauptwohnsitz der Familie.
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
- = nichts vorhanden.
Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

62. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass für die Beantwortung der Frage, ob Ehepartner, die dem Splittingtarif unterliegen, Kinder haben bzw. hatten, keine Statistik existiert, die dieses Erhebungsmerkmal beinhaltet bzw. aus der ein solches exakt abgeleitet werden kann (bitte mit Begründung)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 60 verwiesen.

63. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass mittlerweile auch eingetragene Lebenspartnerschaften Ort der Entstehung und des Aufwachsens von leiblichen oder adoptierten Kindern sein können, und welche Schlussfolgerung zieht sie hieraus für die Gewährung des Splittingtarifs für die eingetragene Lebenspartnerschaft (bitte mit Begründung)?

Dass auch bei Partnern, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft verbunden sind, leibliche oder adoptierte Kinder leben, ist eine Lebenswirklichkeit. Nach der vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) beim Bayerischen Staatsinstitut für Familienforschung in Auftrag gegebenen Studie zur Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften (Rupp, „Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften“, erschienen 2009 im Bundesanzeiger Verlag) benötigen Kinder für ihre gesunde Entwicklung nicht zwangsläufig heterosexuelle Eltern; entscheidend ist die „Qualität der innerfamiliären Beziehungen“.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/8556 der Fraktion DIE LINKE. („Steuer- und gesellschaftspolitische Ungleichbehandlung eingetragener Lebenspartnerschaften gegenüber klassischen heterosexuellen Ehen“) vom 13. März 2012 (Bundestagsdrucksache 17/9006, Antwort zu Frage 19) verwiesen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333